

Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof

3. Sachstandsbericht

Juni 2021

Stand 15.06.2021

Inhalt

Projektstruktur	5
1. Sicherheit	6
1.1. Polizeiliche Lagedarstellung	6
1.2. Ordnungsrechtliche Maßnahmen bei Problemlagen im Kontext zu Menschen in prekären Lebenslagen	14
1.3. Sicherheitskonzept der Polizei	16
2. Sauberkeit	20
2.1. Öffentlichkeitskampagne	20
2.2. Müllgefäße	21
2.3. Reinigung	21
2.4. Spritzensammler	22
2.5. Schrotträder	22
2.6. Öffentliche Toiletten	23
3. Angebote für Menschen in prekären Lebenssituationen, die sich häufig am Bahnhof aufhalten	23
3.1. Unterkünfte	25
3.2. Tagestreffs, Beratung und Streetwork	25
3.3. Aufenthaltsorte	27
3.4. Beschäftigungsangebote	30
3.5. Kostenlose Toiletten	30
3.6. Sozialstadtplan	31
3.7. Armutszuwanderung aus Osteuropa	31
4. Umgestaltung	33
4.1. Bessere Ausleuchtung	33
4.2. Platz der Deutschen Einheit	34
4.3. Rückzugsraum Straße zwischen Breitenweg und Cinemaxx	34
4.4. Rückzugsraum „Auf der Brake“	35
4.5. ZOB/ Fernbusterminal	35
4.6. Verkehr	35
5. Anrainer	36
Fazit:	37

Einleitung

Dieser 3. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Sicherheitsprogramms Bremer Hauptbahnhof ist eine Fortschreibung der Sachstandsberichte 1 und 2 aus April 2019 und Januar 2020.

Der Senat hatte am 18. September 2018 das „Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof“ beschlossen. Der Senator für Inneres hat einen zentralen Koordinator eingesetzt, um die Maßnahmen ressortübergreifend umzusetzen und das Konzept weiterzuentwickeln.

Ziel des Sicherheitskonzepts ist es, den Bahnhof für alle Bremer*innen, aber auch für auswärtige Besucher*innen attraktiver und sicherer zu machen, bzw. das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern. Der Bremer Hauptbahnhof soll ein Ort sein, der seinen unterschiedlichen Funktionen, Verkehrsknotenpunkt, Aufenthaltsort für unterschiedlichste Menschen und Eintrittstor in die Stadt, gerecht wird und für alle Menschen der Stadt Aufenthaltsqualität und auch wirtschaftliche Grundlage bietet.

Der Hauptbahnhof ist ein zentraler Ort in der Stadt, der von vielen Bremer*innen, aber auch auswärtigen Besucher*innen stark frequentiert wird. Der Hauptbahnhof hat, neben dem Zugverkehr, verkehrstechnisch als Knotenpunkt der Straßenbahnen und überregionalen Busse eine wichtige Rolle. Zudem befinden sich rund um den Hauptbahnhof Hotels, Gaststätten/Restaurants, Discotheken, Geschäfte und Kulturangebote, wie z.B. Kinos und das Überseemuseum. Durch den Neubau des sog. „City Gate“ am Bahnhofplatz werden diese Angebote noch weiter ausgebaut.

Am Bahnhof befinden sich ebenso viele Einrichtungen und Hilfsorganisationen für Menschen in prekären Lebenslagen. Einige sind von Obdachlosigkeit betroffen, andere haben Alkoholprobleme, sind Drogenkonsument*innen und leiden unter psychischen Erkrankungen.

Man trifft sich dort, bittet um Unterstützung und versorgt sich mit Lebensmitteln, Alkohol und Drogen, die dann vor Ort konsumiert werden.

Nutzungskonflikte und Gefährdungspotentiale verleihen dem Bahnhofsviertel oftmals einen schlechten Ruf. Die Wünsche und Ansprüche der verschiedenen Gruppen, Geschäftsleute, Reisende, Touristen, Pendler, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen in schwierigen sozialen Lagen, Familien mit kleinen Kindern sind durchaus unterschiedlich und können sich auch widersprechen.

Sauberkeit, Sicherheit und das Sicherheitsgefühl sind, neben der Gestaltung und den Angeboten, bedeutsame Faktoren für die Aufenthaltsqualität. Die Reinigung des öffentlichen Raums und ordnungsrechtliche Maßnahmen alleine sind nicht ausreichend oder geeignet, problematische Zustände und Konflikte zu lösen. Diversitätsorientierte Sicherheitsstrategien¹ stellen Vorgehensweisen in den Mittelpunkt, die präventive Wirkung entfalten können. Städtebauliche Kriminalprävention, sozialräumliche sowie integrationsfördernde Maßnahmen sind erforderlich, um der Vielschichtigkeit der Gesellschaft Rechnung zu tragen und Konflikte zu reduzieren.

¹ Sicherheit und Vielfalt in der Kommune, Deutsches Institut für Urbanistik, Gabriel Bartl, Niklas Creemers, Holger Floeting; https://www.div-city.de/wp-content/uploads/2020/11/Diversitaetsorientierte-Sicherheitsstrategien_kurz.pdf

„Kommunen sind wichtige Akteure im Umgang mit solchen Herausforderungen. Denn sie verfügen über die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten sowie über lokales Wissen und Verbindungen in die Quartiere und Stadtgesellschaft, um Strategien und Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die zur Förderung von Sicherheit, Vertrauen, Nachbarschaftlichkeit und Zusammenhalt in vielfältigen Quartieren beitragen.“²

Die Beteiligung und Mitarbeit der betroffenen Ressorts und nachgeordneten Behörden an der Entwicklung und Umsetzung des Programms sowie in der Sicherheitspartnerschaft sind vom o.g. Senatsbeschluss vorgesehen. Der Koordinator führt die Bedarfe zusammen, organisiert Abstimmungskonferenzen und kontrolliert die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen. Er ist Ansprechpartner für die beteiligten Ressorts, die betroffenen Menschen, Organisationen und Anrainer. Die zielorientierte örtliche und thematische Ausrichtung ist effektiv und eine starke Transparenz erzeugt Verständnis und führt zu Synergien bei der Zielerreichung.

Der besondere Fokus richtet sich im Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof auf das Bahnhofsgebäude und die angrenzenden Bereiche in den Grenzen Breitenweg, Bürgermeister-Smidt-Straße, Theodor-Heuss-Allee und Gustav-Deetjen-Allee, in den nachfolgenden Ausführungen wird der Bereich als Bahnhof bzw. Hauptbahnhof bezeichnet.

Auch das Bahnhofsumfeld wird erfasst, sofern die Themen in unmittelbarem Bezug zum Bahnhof stehen oder ein Verdrängungseffekt erkennbar wird. Mit Bahnhofsumfeld sind die unmittelbar angrenzenden Bereiche bis Wallanlagen, Güterbahnhof, Bürgerweide, Nelson-Mandela Park und bis zur Rembertistraße gemeint.

Der Bahnhof ist ein Teil der Innenstadt, der Raum zwischen Bahnhofplatz und der Straße Am Wall soll keine Grenze darstellen, sondern soll im Rahmen des Aktionsprogramms Innenstadt 2021 als Verbindung gut entwickelt werden.

Die Auswirkungen des Lockdowns durch die Corona Pandemie wurden im Zeitraum seit der letzten Berichterstattung auch am Hauptbahnhof sehr deutlich. Die Hilfseinrichtungen mussten während des ersten Lockdowns schließen und auch der Ordnungsdienst sowie die Polizei mussten ihre Präsenz am Hauptbahnhof aufgrund anderer notwendiger Maßnahmen einschränken.

Der Fern- und Nahverkehr ist fast zum Erliegen gekommen und der Bahnhofsvorplatz war durch die fehlenden Touristen und Pendler*in kaum frequentiert.

Die angedachten und geplanten weiteren Umsetzungsmaßnahmen des Sicherheitsprogramms rückten zeitweise notgedrungen in den Hintergrund. Es ging in den vergangenen Monaten vornehmlich um die Koordination des Umgangs mit den Menschen in prekären Lebenslagen, die sich aufgrund des Lockdowns und der geschlossenen Hilfseinrichtungen häufiger und länger am Hauptbahnhof aufhielten, um sich zu treffen, zu betteln oder zu konsumieren.

Die Hilfen sicherzustellen und Konflikte mit Anrainern bzw. Passanten durch unangemessenes Verhalten der Personen zu verringern, bleibt die größte Herausforderung für das Bahnhofsquartier.

² Sicherheit und Vielfalt in der Kommune, Deutsches Institut für Urbanistik, Gabriel Bartl, Niklas Creemers, Holger Floeting; https://www.div-city.de/wp-content/uploads/2020/11/Diversitaetsorientierte-Sicherheitsstrategien_kurz.pdf

Jeder Mensch, der keine Unterkunft und Schlafplatz hat, sucht sich Platz im öffentlichen Raum oder in frei zugänglichen Gebäuden. Solange im öffentlichen Raum niemand behindert, gefährdet oder ein solcher Platz mehrtägig „ingerichtet“ wird, ist das zulässig und wird von vielen Anrainern und den Sicherheitskräften toleriert. In den zugänglichen Gebäuden führt die nicht vorgesehene Nutzung z.B. als Schlafquartier, zum Alkohol- und Drogenkonsum zu Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruch.

Als störend und verwahrlost werden Schlafstätten häufig wahrgenommen, wenn sie zur Tageszeit oder an beliebten Aufenthaltsorten entstehen. Problematisch werden sie insbesondere dann, wenn Gegenstände, wie Matratzen, Flaschen, Kleidungsstücke angesammelt werden. Polizei und Ordnungsdienst sind angehalten, diese Sondernutzungen zu beenden und auch Eigentümer*innen machen auf ihren Grundstücken frühzeitig vom Hausrecht Gebrauch, weil für sie andernfalls Entsorgungskosten entstehen oder Mieter*innen sich beschweren könnten.

Projektstruktur

Die Projektstruktur hat sich weiter bewährt und ist unverändert geblieben. Themenbezogen finden regelmäßig runde Tische mit den jeweils Betroffenen statt.

1. Sicherheit (Umsetzung durch Senator für Inneres / Polizei)

Der Senator für Inneres (SI) in Kooperation mit der Senatorin für Justiz und Verfassung (SJV)

2. Sauberkeit (Umsetzung durch Die Bremer Stadtreinigung)

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS)

3. Bahnhofsszene (Umsetzung durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport)

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport (SJIS) in Kooperation mit der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (SGFV) und der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (SWAE)

4. Gestaltung (Umsetzung durch Planung, Bauordnung Bezirk Mitte)

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS)

5. Verein der Anrainer: „Attraktiver Bremer Bahnhof e.V.“ (Umsetzung durch Wirtschaftsförderung Bremen)

Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (SWAE)

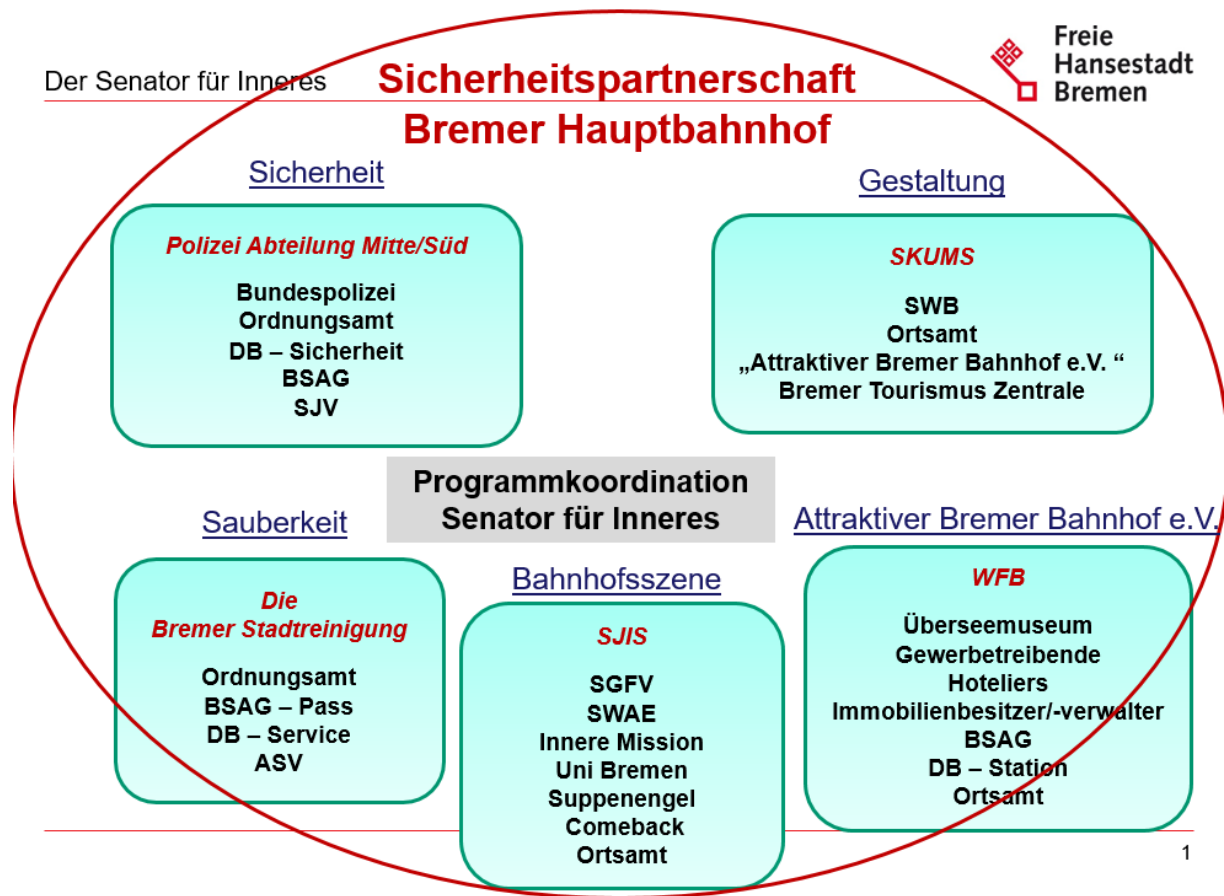


Abbildung: Aufbau der Projektstruktur

1. Sicherheit

1.1. Polizeiliche Lagedarstellung

1.1.1. Straßenkriminalität

Der gesamte Bereich um den Bremer Hauptbahnhof ist nach polizeilicher Bewertung weiterhin ein Brennpunkt der Eigentums-, Gewalt- und Drogenkriminalität. Darüber hinaus sind nach wie vor Unordnungserscheinungen in nicht unerheblichem Maße festzustellen. Hierzu zählen insbesondere z.B. Vermüllung, abgestellte Schrottfahrräder, Verrichten der Notdurft in der Öffentlichkeit/Entstehen von „wilden Toiletten“, Lagern bzw. Campieren von Personen – teilweise mit Hunden – auf öffentlichen Wegen und Plätzen sowie zunehmend auch Bettellei.

Diverse Szenen, z.B. von drogenabhängigen Menschen, Drogenhändler*innen, alkoholabhängige Menschen oder wohnungslose Menschen, trafen sich ungeachtet der Kontrollen zur Einhaltung der Kontaktbeschränkungen insbesondere an den ÖPNV-Haltestellen, vor dem Überseemuseum (Hugo-Schauinsland-Platz) sowie vor den Eingängen des Hauptbahnhofs.

Insgesamt führen die multiplen Unordnungserscheinungen und die Kriminalität nach Einschätzung der Polizei Bremen weiterhin zu einer negativen Beeinflussung der Aufenthaltsqualität für die

Allgemeinheit und zu einem Unsicherheitsgefühl vieler Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen den Bereich um den Bahnhof aufsuchen bzw. durchqueren müssen.

Insbesondere der öffentlich wahrnehmbare Drogenhandel und -konsum sind für den Stadtraum belastend. Sie fördern Tendenzen zur Verwahrlosung der betroffenen Quartiere, führen zu Ausweichverhalten der Bevölkerung und bewirken einen Sog für Betäubungsmittelhändler*innen sowie Betäubungsmittelkonsument*innen.

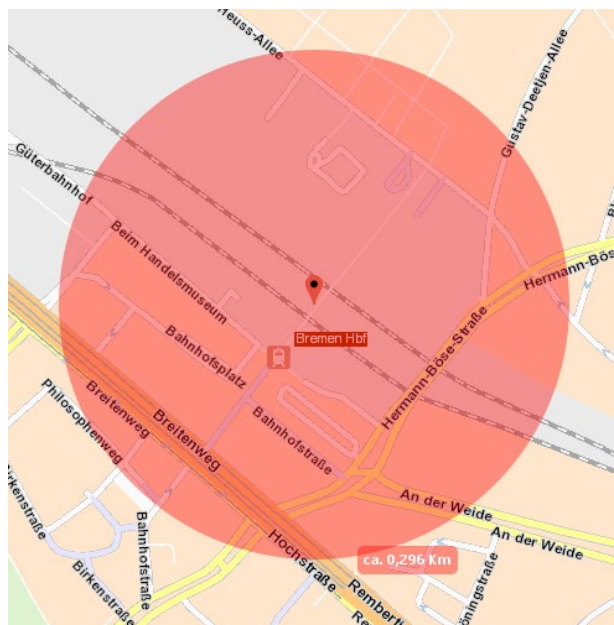
Die öffentlichkeitswirksame Drogenkriminalität unterliegt seit jeher teilweise starken Schwankungen. Einflussfaktoren sind insbesondere örtliche Gegebenheiten, Tageszeit, Witterung, Hilfsangebote, Struktur der Szenen (Konsument*innen; Händler*innen), aber auch zu einem wesentlichen Anteil die polizeiliche Kontrolldichte.

Bereits mit der ersten Welle der Corona Pandemie, Ende des ersten Quartals 2020, wurden Aufenthaltsangebote für Drogenkonsument*innen und Obdachlose teilweise eingestellt oder nur noch reduziert angeboten, so dass sich diese vermehrt in der Öffentlichkeit und vor allem im Bahnhofsumfeld aufhielten. Gleichzeitig nahm der Anteil der Passant*innen im Bahnhofsumfeld ab, wodurch sich wiederum die Wahrnehmbarkeit des öffentlichen Drogenhandels und -konsums, der Obdachlosenszene und der damit verbundenen Unordnungserscheinungen verstärkte. Die Schließung des Szenetreffs (Bahnhofplatz/Gustav-Deetjen-Tunnel) führte z.B. dazu, dass Personen, die diesen Szenetreffpunkt zuvor genutzt hatten, in den Haltestellenbereich wanderten. Dies führte zu einer Zunahme von Fahrgastbeschwerden und Störungen im Bereich der ÖPNV-Haltestellen. In der Folge nahm die Anzahl der Beschwerden im Bahnhofsumfeld zu.

Mit der zweiten Pandemie-Welle im vierten Quartal 2020 nahm die Beschwerdelage im Bahnhofsumfeld zu. Die mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen der öffentlich wahrnehmbaren Drogenszene im Bereich Richtweg, Auf der Brake, Tivolihochoaus und Wallanlagen führten insbesondere zu Beschwerden von Geschäftstreibenden, Behörden/senatorischen Dienststellen, Parkhausbetreibenden und Immobilienbesitzer*innen.

Straftaten:

Bei der Bewertung der Straftaten ist zu berücksichtigen, dass sich die Lage durch die Corona Pandemie verändert hat. Die Diskotheken waren geschlossen und alkoholbedingte Straftaten gingen dort bis auf ein Minimum zurück. Gleichzeitig reduzierten sich die Aufenthaltsangebote für Menschen in prekären Lebenslagen, die Zuwendungen von Passant*innen verringerten sich, weil sich weniger Kaufwillige und Touristen in der Stadt aufhielten. Die Anzahl der hilfsbedürftigen und suchtkranken Personen, die sich im öffentlichen Raum am Bahnhof sammelten, nahm zu wie die Konflikte untereinander. Das „Dunkelfeld“ hat sich durch die rund um die Uhr stattfindende Kameraüberwachung um den Bahnhof weiter aufgehellt, Auseinandersetzungen werden wahrgenommen und polizeiliche Einsätze ausgelöst.



Der abgebildete Auswertebereich für die nachfolgenden Daten umfasst auch Gebiete ohne Kameraüberwachung.

Trotz der Kontaktbeschränkungen und temporären Betriebsschließungen war im Jahr 2020 mit 3.139 Fällen eine überdurchschnittlich hohe Belastung mit Straftaten festzustellen. Eine erhebliche Zunahme ist im Bereich der Ladendiebstähle zu verzeichnen. Im Jahr 2016 wurden nur 122 Taten angezeigt, 2019 bereits 323 und im Jahr 2020 888 Ladendiebstähle. Ursache hierfür ist zunächst das erweiterte Geschäftsangebot im City Gate. Als eine Erklärung für den Anstieg im zurückliegenden Jahr liegt nahe, dass ein großer Teil der Beschaffungskriminalität zuzurechnen ist, da Betteleinnahmen nicht in gleichem Umfang, wie in den Vorjahren möglich waren.

	2016	2017	2018	2019	2020	Insgesamt
Anzahl Straftaten im Bereich Hauptbahnhof und oben abgebildetes Umfeld	2.643	2.161	2.695	2.613	3.139	13.251

Auch die Anzahl der angezeigten Hausfriedensbrüche ist auffällig angestiegen:

Anzahl Vorgänge	Jahr					Gesamtergebnis
	2016	2017	2018	2019	2020	
§ 123 StGB (Hausfriedensbruch)	27	32	16	168	335	578
Gesamtergebnis	27	32	16	168	335	578

Die häufigsten Vorfälle von Hausfriedensbruch betreffen die Passage Bürgerweide bzw. das direkte Umfeld (Willy-Brandt-Platz).

In nahezu allen Vorgängen konnte mindestens ein Tatverdächtiger (TV) ermittelt werden. Die Aufklärungsquote hat mit einem Wertebereich von 93 % bis 99 % nur geringe Schwankungen.

Anteil Vorgänge mit mindestens einem TV	Jahr				
	2016	2017	2018	2019	2020
§ 123 StGB	93%	94%	94%	99%	99%

Das Alter der ermittelten TV liegt zwischen 18 und 75 Jahren. Der Mittelwert beträgt 41 Jahre. Überwiegend sind die TV männlich (ca. 85 %). Die häufigsten Staatsangehörigkeiten der TV lauten wie folgt:

deutsch	203
polnisch	51
bulgarisch	18
litauisch	16
syrisch	11
lettisch	8
deutschperuanisch	5
türkisch	4
deutschpolnisch	4

Von den 320 ermittelten Tatverdächtigen sind im Deliktsbereich 84 Personen einmal und 68 mehrfach als Tatverdächtiger erfasst worden. 36 der in den Vorgängen erfassten TV haben ihren Hauptwohnsitz nicht in Bremen. Zu 217 TV konnte kein Hauptwohnsitz erfasst werden.

Die Anzahl aller Straftaten durch Personen ohne festen Wohnsitz ist im Jahr 2020 in Bremen um ca. 20 % angestiegen. Daraus und aus der öffentlichen Wahrnehmung könnte man ableiten, dass die Anzahl der hilfsbedürftigen Personen zugenommen hat. Valide Daten liegen dazu nicht vor.

Körperverletzungsdelikte:

Die Anzahl der Körperverletzungsdelikte hat im gesamten Betrachtungszeitraum nahezu stetig zugenommen. Ausgehend von 348 Vorgängen im Jahr 2016 ist die Anzahl auf 446 im Jahr 2020 und somit um fast 30 % angestiegen.

Zu differenzieren ist dabei zwischen der einfachen und gefährlichen Körperverletzung (KV). Während ein deutlicher Anstieg im Bereich der einfachen KV zu verzeichnen ist, ist die Anzahl der gefährlichen Körperverletzungen, ausgehend von der Entwicklung von 2019 zu 2020, zurückgegangen.

Anzahl Vorgänge		Jahr				
		2016	2017	2018	2019	2020
§ 223 StGB	(einfache KV)	237	256	287	285	338
§ 224 StGB	(gefährliche KV)	111	116	122	121	108
Alle Körperverletzungsdelikte		348	372	409	406	446

Positiv hat sich der Anteil der Vorgänge mit mindestens einem ermittelten TV im Bereich der Körperverletzungsdelikte entwickelt. Im Jahr 2020 liegen die besten Werte sowohl für die einfache als auch für die gefährliche Körperverletzung vor.

Anteil Vorgänge mit mindestens einem Tatverdächtigen	Jahr				
	2016	2017	2018	2019	2020
§ 223 StGB (einfache KV)	81%	80%	86%	83%	88%
§ 224 StGB (gefährliche KV)	71%	72%	77%	78%	86%

Raubdelikte:

Die Anzahl der Raubdelikte hat sich zuletzt, vom Jahr 2019 zu 2020, positiv entwickelt. Der Rückgang beträgt insgesamt 70 %. Zu beachten ist jedoch die deutliche Abnahme des Raubs nach § 249 StGB und die Zunahme des schweren Raubs nach § 250 StGB, welche im Trendverlauf jedoch unauffällig ist. Die Fallzahlenentwicklung könnte auch durch die Auswirkungen der Pandemie positiv beeinflusst worden sein.

Anzahl Vorgänge	Jahr				
	2016	2017	2018	2019	2020
§ 249 StGB (Raub)	31	24	23	25	13
§ 250 StGB (schwerer Raub)	5	8	3	1	5
§ 252 StGB (räub. Diebstahl)	11	20	15	15	11
Alle Raubtaten	47	52	41	41	29

Hinsichtlich der Frage nach dem Anteil der Vorgänge mit mindestens einem ermittelten Tatverdächtigen ist ebenfalls eine positive Entwicklung im Bereich Raub für das Jahr 2020 festzuhalten. Dort wurde in 85 % der Vorgänge ein Tatverdächtiger erfasst.

Anteil Vorgänge mit mindestens einem TV	Jahr				
	2016	2017	2018	2019	2020
249 (Raub)	39%	50%	35%	24%	85%
250 (schwerer Raub)	60%	75%	67%	0%	20%
252 (räub. Diebstahl)	64%	85%	93%	93%	91%

Diebstahl:

Eine positive Entwicklung ist hinsichtlich des Fahrraddiebstahls festzustellen. Die Anzahl der Vorgänge ist seit 2018 deutlich rückläufig und hat sich, bezogen auf das Jahr 2020 nahezu halbiert.

Anzahl Vorgänge	Jahr				
	2016	2017	2018	2019	2020
§ 242 StGB (einfacher Diebstahl)	9	10	10	12	12
§ 243 StGB (Diebstahl in bes. schwerem Fall)	142	95	209	160	111
Alle Fahrraddiebstähle	151	105	219	172	123

Betäubungsmittelkriminalität:

Die Anzahl der Vorgänge nach dem Betäubungsmittelgesetz entwickelte sich im gesamten Betrachtungsverlauf stark schwankend. Die Anzahl ist ganz wesentlich abhängig von der Kontrollintensität der Polizei (Kontrolldelikt). Nach einem deutlichen Rückgang von 2016 zu 2017 sind die Vorgangszahlen anschließend deutlich angestiegen, um danach wieder deutlich zu sinken. Von

2019 zu 2020 ist ein Anstieg festzustellen. Die Anzahl der Vorgänge „unerlaubter BTM-Besitz“ ist dabei unwesentlich angestiegen. Verstöße nach § 29 Absatz1 Nummer 1 BtMG („wer Betäubungsmittel unerlaubt anbaut, herstellt, mit ihnen Handel treibt, sie, ohne Handel zu treiben, einführt, ausführt, veräußert, abgibt, sonst in den Verkehr bringt, erwirbt oder sich in sonstiger Weise verschafft), sind von 2019 zu 2020 deutlich angestiegen.

Anzahl Vorgänge	Jahr				
	2016	2017	2018	2019	2020
§ 29 BtMG	531	344	518	304	354
Abgabe, Verabreichung oder Überlassung von BTM an Minderjährige	1		1	1	
davon:					
besonders schwerer Fall - gewerbsmäßig -	2		1	1	2
Unerlaubter BTM-Besitz	244	202	291	203	209
§ 30 BtMG (Qualifizierung, an Minderjährige., Schußwaffe od. Bande)	2		2	1	1
Alle Betäubungsmitteldelikte	533	344	520	305	355

Besonders auffällig war im Jahr 2020, dass der Besitz und Handel von Kokain und Heroin häufiger festgestellt worden ist.

1.1.2. Straßenhandel

Im 2. Sachstandsbericht wurde der öffentlich wahrnehmbare Straßenhandel dargestellt, der sich durch Präsenz- und Kontrollmaßnahmen in das Bahnhofsumfeld verlagerte.

Auch die Beobachtungen der DRUSEC Studie³ bestätigen das gewerbsmäßige Organisationssystem der Händler, wie verteilte Übergabevorgänge, Schichtdienste, Frühwarnsysteme mit Spähern und Fahrradboten sowie bewachte Drogenverstecke. Einzelhändler*innen in den betroffenen Straßenzügen konnten beobachten und haben erfahren, dass Kunden die Geschäfte nicht mehr aufsuchen, wenn vor ihren Geschäftseingängen Personen offenkundig mit Betäubungsmitteln handeln. Eine solche Entwicklung wirkt ohne Gegenmaßnahmen negativ auf die Standortqualität für Gewerbebetreibende und Geschäftsleute und kann den Beginn einer Abwärtsspirale für das Quartier bedeuten.

Häufig werden am Bahnhof Passant*innen direkt angesprochen, ob sie Drogen kaufen möchten. Dieses Verhalten verursacht bei den Passant*innen, Anrainern etc. Unsicherheit und Angst. Ein Unsicherheitsgefühl hat Auswirkungen auf die Aufenthaltsqualität. Dies hat zur Folge, dass gewisse Räume von einigen Bevölkerungsgruppen gemieden werden, so dass weniger Sozialkontrolle stattfindet. Das Problem ist seit Jahren, dass die Maßnahmen der Polizei gegen die Händler*innen,

³ Verbundprojekt Drusec, Drugs&Urban Security, Teilprojekt Bremen 08/2017 – 10/2020, Institut für Public Health und Pflegeforschung, Susanna Prepeliczay

wenn überhaupt erst nach langer Zeit greifen und somit das Geschäft für die dahinterstehende Organisation lukrativ bleibt. Die Händler*innen werden von der Organisation ggf. ausgetauscht und deren wirtschaftliche Erfolg wird nicht gemindert. Die Herausforderungen für die Sicherheitskräfte beginnen immer von Neuem.

Unter Federführung des Senators für Inneres wurden in einem Workshop mit Fachleuten der Polizei Bremen die Hemmnisse und Erfolgsfaktoren zur Eindämmung des öffentlich wahrnehmbaren Betäubungsmittelhandels in Bremen erörtert. Aus diesem Workshop ergibt sich die einhellige Empfehlung, mit einem interdisziplinären, zielgruppenorientierten Ansatz gegen die öffentlich wahrnehmbare Händlerszene sowie die hinter den Händlern wirkende Organisation vorzugehen. Es bedarf hierzu einer ressortübergreifenden Strategie, die von drei Säulen, der Suchtprävention, der Drogenhilfe und der Repression getragen wird. Kurzfristige Veränderungen werden regelmäßig am „Runden Tisch Drogenszene“ unter Federführung des Gesundheitsressorts ausgetauscht und lageangepasste Maßnahmen verabredet.

1.1.3. Veränderungen in der Drogenszene

Wie bereits im Jahr 2019, kam es auch in den warmen Sommermonaten 2020 zu einer verstärkten Ballung von suchtkranken Menschen im öffentlichen Raum – insbesondere in den Wallanlagen (Nahbereich Herdentor, Contrescarpe, Hauptbahnhof), der Straße Auf der Brake, den umliegenden Spielplätzen und der Fußgängerbrücke über den Gustav-Deetjen-Tunnel.

Es gab eine erhöhte Beschwerdelage von Anwohner*innen und Bürger*innen, die den öffentlichen Drogenkonsum mit der einhergehenden Verschmutzung des öffentlichen Raumes wahrgenommen haben. Die Konsument*innen hielten sich in den privaten Hauseingängen für den Konsum auf, bunkerten Drogen in den Vorgärten und konsumierten offen, was zur Verunsicherung bei den Beschwerdeführer*innen führte. Nach der Schließung der Hilfseinrichtungen als Folge der Corona Pandemie, kam es zusätzlich zu einer vermehrten Ballung dieser Menschen im öffentlichen Raum. Auch die Betreuung durch Streetworker*innen wurde hierdurch erschwert. Der Ordnungsdienst und die Polizei waren mit der Durchsetzung der Corona Bestimmungen eingebunden. Mit den noch zur Verfügung stehenden Kräften wurde zwar ein Schwerpunkt auf den o.g. Bereich gelegt, doch ordnungsrechtliche Maßnahmen konnten letztendlich nur eine temporäre Verdrängung bewirken. Die zeitnahe Umsetzung des Drogenkonsumraumes als einzige Lösungsmöglichkeit wurde vorangetrieben, um die konsumbezogenen Begleiterscheinungen (Vermüllung, Spritzen, Unsicherheitsgefühle) im öffentlichen Raum zu reduzieren. Der provisorische Drogenkonsumraum als Containerlösung auf dem Parkplatz der Friedrich-Rauers-Straße 30 wurde am 07.09.2020 eröffnet. Weitere Ausführung zur Umsetzung des Drogenkonsumraumes finden sich in unter 3.

Ab dem 03.12.2020 wurden die polizeilichen Präsenz- und Kontrollmaßnahmen am Bahnhof und im Umfeld intensiviert. Diese Maßnahmen führten zu einer spürbaren Verbesserung in diesem Raum. Das Ergebnis wird von zahlreichen Beschwerdeführer*innen und Anrainern bestätigt.

Gleichwohl ist zu erkennen, dass die vorstehend genannten und noch andauernden Maßnahmen nur zu einer Verdrängung der öffentlich wahrnehmbaren Drogenszene in das unmittelbare Umfeld führen.

Eine dauerhafte geografische Verdrängung in benachbarte Stadtteile konnte bisher nicht festgestellt werden.

1.1.4. Beschwerdelage

Im Berichtszeitraum sind vermehrt Beschwerden der Bevölkerung über das Verhalten von Menschen in prekären Lebenslagen eingegangen. Infolge der Corona Pandemie mussten die Hilfsorganisationen ihre Aufenthaltsangebote schließen, so dass sich viele Hilfsbedürftige im öffentlichen Raum aufhielten und durch den verminderten Publikumsverkehr sichtbar geworden sind.

Die Vermüllung in den relevanten, öffentlichen Aufenthaltsbereichen war leider auch im Jahr 2020 bei den Beschwerden thematisiert. Räumliche Brennpunkte der Vermüllung bildeten: Platz der Deutschen Einheit, Hugo-Schauinsland-Platz, Bahnhofplatz (insb. ÖPNV-Haltestellen), Breitenweg im Teilstück zwischen Bahnhofstraße und Bgm.-Smidt-Straße, Willy-Brandt-Platz, Theodor-Heuss-Allee im Teilstück zwischen Willy-Brandt-Platz und Hohenlohestraße, Hohenlohestraße, Nelson-Mandela-Park, Bürgerweide.

Durch die pandemiebedingte Schließung des Szenetreffs suchten die betroffenen Personen den Schutz in nahegelegenen Eingangs- oder Haltestellenbereichen am Bahnhof, was ebenfalls zu Beschwerden führte. Hierbei waren vermehrt Verstöße gegen geltende Corona Bestimmungen festzustellen. Ebenfalls wurde der Kulturbereich des Güterbahnhofs als Übernachtungsmöglichkeiten genutzt. Auffällig war, dass nicht selten Personen aus dem osteuropäischen Raum angetroffen werden konnten. Die Zunahme von osteuropäischen Menschen wurde auch seitens der Hilfsorganisationen bestätigt.

Im Rahmen der Abarbeitung der Beschwerdelagen wurde unter anderem auch Hinweise auf Bettelerei nachgegangen. Bettelnde Personen konnten durch Einsatzkräfte festgestellt werden. Eine konkrete Veränderung dieser Szene im Vergleich zu den Vorjahren oder Hinweise auf organisierte Bettelerei konnten nicht festgestellt werden. Die Auswertemöglichkeiten sind allerdings in diesem Themenbereich sehr reduziert, so dass nur aufgrund von Beobachtungen der Einsatzkräfte Rückschlüsse gezogen werden können.

Im Bereich Güterbahnhof halten sich zurzeit keine unberechtigten Personen mehr auf. Ein enger Kontakt zwischen dem „Verein 23“⁴ und den Kontaktpolizisten besteht weiterhin.

Im Jahr 2020 wurden Beschwerden an die Polizei Bremen zur Drogenszene und zum Obdachlosenmilieu herangetragen. Räumlich bezogen sich die Beschwerden sowohl auf das unmittelbare Bahnhofsumfeld (z.B. Ein-/Ausgangsbereiche Nord und Süd, City Gate, Hugo-Schauinsland-Platz, ÖPNV-Haltestellen, Szenetreff) als auch auf erweiterte, angrenzende Bereiche (z.B. Bahnhofstraße, Wallanlagen, Tivoli-Hochhaus, Auf der Brake, Lönningstraße).

Mit Beginn der Pandemie zum Ende des 1. Quartals 2020 und der damit verbundenen Schwerpunktsetzung mussten zunächst nahezu alle polizeilichen Maßnahmen hinsichtlich der Drogenszene und dem Obdachlosenmilieu zurückgefahren werden. Aufgrund der negativen

⁴ Güterbahnhof Bremen, Areal für Kunst und Kultur

Entwicklung und der zunehmenden Beschwerdelagen wurden sukzessive die Maßnahmen wieder intensiviert.

Eine nachhaltige Veränderung der Szene war allerdings mit dem Kräfteansatz nicht unmittelbar zu erreichen, so dass die Anrainer sich zunehmend über die Situation in dem genannten Bereich beschwerten. Ausschlaggebend hierfür waren die Vermüllung und die zunehmende Aggressivität der Szene gegenüber Passanten und auch dem Sicherheitspersonal, was zur Folge hatte, dass das Sicherheitsgefühl der Passanten schwand.

Ab Herbst 2020 zielten die Beschwerden vornehmlich auf den Bereich Auf der Brake, Tivoli-Hochhaus (einschließlich angrenzendes Parkhaus), City Gate und die Wallanlagen. Zusätzlich wurde eine Verlagerung der öffentlich wahrnehmbaren Drogenszene in Richtung Rembertiring 22 und Lönningstraße festgestellt.

Aufgrund der Gesamtsituation reagierte die Polizei Bremen mit gezielten Maßnahmen durch den Einsatz von Präsenzkraften und trat in engen Austausch mit der Sozial- und Gesundheitsbehörde und der Sicherheitspartnerschaft. Es wurden Gespräche mit den Beschwerdeführer*innen vor Ort durchgeführt und sowohl präventive als auch sicherheitstechnische Hinweise gegeben. Ein enger Austausch findet weiterhin statt.

Die getroffenen Maßnahmen führen zu einer deutlichen Verbesserung der Situation. Die Beschwerdeführer*innen selbst haben sich teilweise bereits bei den Einsatzkräften bedankt und gegenüber Führungskräften der Polizei die positiven Veränderungen bestätigt. Aktuell treffen nur noch vereinzelt Beschwerden bei der Polizei Bremen ein. Die Polizei Bremen beabsichtigt, die polizeilichen Maßnahmen lageangepasst fortzuführen und flexibel auf die Rahmenbedingungen (u.a. Wetter, Beschwerden, Verdrängungseffekte) zu reagieren.

1.2. Ordnungsrechtliche Maßnahmen bei Problemlagen im Kontext zu Menschen in prekären Lebenslagen

Die Maßnahmen der Polizei und des Ordnungsdienstes werden von Teilen der Bevölkerung dann kritisch bewertet, wenn sie sich „gegen“ hilfsbedürftige Personen richten. Die Einsatzkräfte wurden anfänglich mit dem Vorwurf konfrontiert, diese Menschen vertreiben zu wollen. Die Maßnahmen richten sich jedoch nicht gegen die Personen, sondern immer gegen deren unrechtmäßiges Verhalten, wobei die Grenze für Außenstehende nicht immer deutlich wird. Die im Erlass vom 13. Juni 2019 geregelten Leitlinien für das Ordnungsamt und die Polizei haben den einschreitenden Kräften Handlungssicherheit gegeben, um auf konfliktträchtiges Verhalten von Menschen in prekären Lebenslagen angemessen und einheitlich, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, zu reagieren:

Lagern und Zurücklassen von persönlichen Gegenständen:

Das Schlafen im öffentlichen Raum ist nicht verboten, sofern niemand behindert, belästigt oder gefährdet wird. Einschränkungen sind im Lichte des Grundrechtes auf freie Entfaltung der Persönlichkeit zu bewerten (Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes). Im Einzelfall ist vor Ort zu prüfen, ob örtliche und zeitliche Beschränkungen des Grundrechts verhältnismäßig sind.

Das Einrichten eines Platzes, der auf eine längerfristige Schlafstätte hinweist, stellt eine Sondernutzung dar, die der Ordnungsdienst weiterhin insbesondere im innerstädtischem Bereich auflöst. Es wird auf die Hilfsangebote verwiesen und verunreinigte Plätze werden durch die Stadtreinigung gesäubert.

Ebenso wurde das Zurücklassen von Gegenständen, um sich Bettelorte oder Schlafplätze zu ‚sichern‘, vom Ordnungsdienst nicht zugelassen. Sofern sich vor Ort kein Eigentümer ermitteln ließ, wurden die Gegenstände in Obhut genommen und verwahrt. Es fehlt nach wie vor eine praxismgerechte Zwischenlagerungsmöglichkeit für die Betroffenen.

Alkoholkonsum im öffentlichen Raum:

Die aktuelle Rechtslage im Ortsgesetz über die Öffentliche Ordnung in Bremen untersagt es, sich dauerhaft zum Zweck des Alkoholkonsums auf Straßen, der Öffentlichkeit zugänglichen öffentlichen Flächen oder Bänken niederzulassen und dadurch die Nutzung durch andere unzumutbar zu beeinträchtigen. An den Haltestellen wird die bestimmungsgemäße Nutzung eingeschränkt, wenn sich Personen ausschließlich zum Alkoholkonsum dort niederlassen. Dies lässt sich nur durch konsequente Präsenz und Ansprache durch die Polizei und den Ordnungsdienst unterbinden. Wird dort kein Alkohol konsumiert, gibt es keine Möglichkeit, die zweckentfremdende Belegung von Haltestellen zu unterbinden. Es wird daher geprüft, in dem Ortsgesetz über die Öffentliche Ordnung eine Regelung einzuführen, die die Nutzung der Bahnsteige und Haltestellen entgegen ihrer Bestimmung für öffentliche Verkehrszwecke zum Lagern, dauerhaften Verweilen, zum Genuss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln grundsätzlich untersagt.

Betteln:

Gemäß § 1 des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung ist die Bettelei in Begleitung von Kindern oder durch Kinder untersagt; ferner ist die Bettelei untersagt, soweit Personen bedrängt, festgehalten oder berührt werden. Das stille Sitzen am Straßenrand, ohne Störungen der Öffentlichen Sicherheit (stilles Betteln), ist hingegen eine akzeptierte Erscheinungsform des (Zusammen-)Lebens.

Die hohe Anzahl an Bettlern und/oder langen Verweilzeiten führen in den Einkaufszonen rund um den Bahnhof jedoch zum Unmut der Einzelhändler*innen und Kunden. Insbesondere beklagt wird das aggressive, wiederholte Ansprechen von Passanten. Befeuert wird dies zudem auch durch die Konkurrenz zwischen den Hilfsbedürftigen um „gute Plätze“, die dann so lange wie möglich gesichert werden.

Touristen werden am Bahnhofplatz von nebeneinandersitzenden Bettlern „empfangen“. Nach der aktuellen Rechtslage lässt sich dieses Verhalten vor dem Ein-/Ausgang des Hauptbahnhofes nicht unterbinden. Die Ordnungskräfte sind angehalten darauf zu achten, dass die Personen nicht mehr Gepäck dabei haben, als sie mit einem Gang mitnehmen können. Andernfalls wäre eine unzulässige Sondernutzung aufzulösen. Auch Hilfsorganisationen wurden beteiligt, um für hilfsbedürftige Betroffene andere Aufenthaltsmöglichkeiten zu finden.

Das Betteln in der Außenbestuhlung über eine Durchsetzung des Hausrechtes des Betreibers zu untersagen, ist nicht praxistauglich. Bevor die Gastronomiebetreiber*innen die Polizei informiert haben und diese eingetroffen ist, um Personalien festzustellen und ein Hausverbot auszusprechen, ist

die Person häufig nicht mehr vor Ort. Bei der Vielzahl der bettelnden Personen und Häufigkeit des Auftretens, sind die Gastronomiebetreiber*innen und ihr Personal in bestimmten Lagen überfordert.

1.3. Sicherheitskonzept der Polizei

Das Sicherheitskonzept der Polizei Bremen hat folgende Zielsetzung:

- Verhinderung und Verfolgung von Straftaten
- Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung

durch

- uniformierte Präsenzmaßnahmen
 - gemeinsame uniformierte Präsenzstreifen mit dem Ordnungsdienst des Ordnungsamtes und der Bundespolizei
- Videoüberwachung
- Polizeikontaktsäule
- zivile Aufklärungs- und Kontrollmaßnahmen
 - gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität
 - gezielte Maßnahmen gegen Vermüllungstendenzen
 - Kontrollen zur Einhaltung der Corona Verordnung
 - Personenkontrollen, Identitätsfeststellungen
 - Durchsuchungen von Personen bei Verdachtslage
 - Platzverweiserteilungen
 - Ermittlungen

1.3.1. Präsenz der Polizei am Bahnhofplatz

Die Bundespolizei hat ihre Räume an der Südseite des Bahnhofs, Bahnhofplatz 14, im Juni 2019 bezogen. Die Kräfte des Reviers Innenstadt sind Mitte November 2019 in die neue Wache der Polizei Bremen eingezogen und sie wurde am 02.12.2019 offiziell eröffnet. Damit wird die Polizeipräsenz und Ansprechbarkeit der Polizei am Bahnhof weiter verbessert und eine stationäre Präsenz sichergestellt.

Es ist beabsichtigt, die Polizeidienststelle zu einem Großstandort für ein Polizeikommissariat auszubauen. Die Lage des Standortes mitten im Brennpunkt reduziert die Reaktionszeiten der Polizei und erhöht die Wahrnehmbarkeit der Polizei am Bahnhof.

Durch die örtliche Nähe hat sich die Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei und Polizei Bremen verbessert. Auf der Basis der Kooperationsvereinbarung mit der Bundespolizei werden gemeinsame Streifen nach Kräfteverfügbarkeit eingesetzt. Auch der Ordnungsdienst beteiligt sich an den Präsenzmaßnahmen am Bahnhof. Um das Infektionsrisiko für die Kräfte zu reduzieren, mussten die gemeinsamen Streifen während der Pandemie eingestellt werden.

1.3.2. Videoüberwachung

Die Leitstelle für die Videoüberwachung wird mit eigens hierfür eingestelltem Personal seit dem 01.06.2019 täglich an 24 Stunden betrieben. Der Betrieb verläuft störungsfrei und die Zusammenarbeit

der Videoleitstelle mit den operativen Einsatzkräften der Polizei Bremen hat sich bewährt. Parallel können immer wieder Videosequenzen nach Straftaten gesichert und an die zuständigen Ermittler*innen der Kriminalpolizei übergeben werden. Hierbei ist insbesondere von Vorteil, dass sich Tatbeiträge genau zuordnen lassen und auch Vor- und Nachtatphasen durch die Kameras erfasst sind.

Die Polizei Bremen erwartet in den ersten Jahren der Videoüberwachung gleichbleibende, ggfs. durch die Erhellung des Dunkelfeldes, steigende Fallzahlen im überwachten Bereich. (vgl. Ziff.1.1.1) Die Videoüberwachungsanlage am Bremer Hauptbahnhof ist seit Mai 2019 in Betrieb. Im Jahr 2019 wurden 289 Videoaufzeichnungen gesichert und im Jahr 2020 511. Die Sicherungen erfolgten ausschließlich zur Verwendung als Beweismittel in Strafverfahren. Die Aufklärungsquote hat sich durch die Videoüberwachung verbessert.

1.3.3. Polizeikontaktsäule:

Im Januar 2020 wurden im Bereich der BSAG-Haltestellen am Bremer Hauptbahnhof drei Polizeikontaktsäulen eingerichtet. Es handelt sich hierbei um ein Angebot der Polizei Bremen und der BSAG für alle Bürger*innen. Die Säulen bieten bei Betätigung eine direkte Sprachverbindung in die Leitstelle der Polizei Bremen und fokussieren die Videoüberwachung auf die auslösende Säule. Hiermit wird das subjektive Sicherheitsgefühl der hilfeschuchenden Person erhöht. Der besondere Mehrwert liegt darin, dass die Bürger*innen gezielt eine Videoüberwachung auf sich selbst anfordern können, bzw. auf ihre aktuelle Lage aufmerksam machen können.

Sollte sich eine Gefahr bestätigen oder bereits strafbare Handlungen erkennbar sein, so werden umgehend Einsatzkräfte disponiert.

Im Jahr 2020 wurden die drei Polizeikontaktsäulen 370-mal betätigt. In 270 Fällen handelte es sich dabei um missbräuchliche Nutzungen. In 47 Fällen diente die Auslösung der Gefahrenabwehr /Gefahrenvorsorge, z.B. Hinweise auf hilflose Personen oder bevorstehende Straftaten, eine Bitte um visuelle Begleitung aufgrund eines subjektiven Unsicherheitsgefühls. In 33 Fällen diente die Auslösung der Strafverfolgung (z.B. Hinweise auf aktuelle oder vergangene Straftaten). In 20 Fällen hat sich der Auslösende nicht gemeldet.

Aufgrund der Änderungen im Bremischen Polizeigesetz werden die Schilder bis Mitte 2021 aktualisiert. (Neue Rechtsgrundlage, Erreichbarkeit der/des Datenschutzbeauftragten*in, Dauer der Speicherung)

Für die nunmehr verlängerte Speichermöglichkeit für Videoaufzeichnungen (neu: ein Monat) reicht die Speicherkapazität noch nicht aus. Eine Systemauswahl für eine neue Hardware wurde bereits durchgeführt. Die Kosten zur Umsetzung werden derzeit erhoben und der Zeitpunkt der Umsetzung ist von der Finanzierung abhängig.

Der permanente Zugriff der Polizei Bremen auf die Videoanlage der Bundespolizei im Bahnhof mit dem Vorteil, dass Straftäter*innen besser verfolgt und Gefahren bei Einsatzlagen besser bewältigt werden können, ist rechtlich zurzeit nicht möglich. Die ausstehende Änderung des Bundespolizeigesetzes ist dafür erforderlich.

1.3.4. Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Kriminalität und des Drogenhandels

Die Polizei zeigt seit Mai 2018 auf dem Bahnhofsvorplatz erhöhte und stetige Präsenz.

Der Einsatz der Polizei Bremen verfolgt schwerpunktmäßig die Zielsetzung, die Auswirkungen der öffentlich wahrnehmbaren Drogenkriminalität zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu steigern.

Die nachfolgende Tabelle zeigt im Mehrjahresvergleich die aufgewendeten Einsatzstunden für Schwerpunktmaßnahmen im Bahnhofsumfeld:

Im Jahr 2020 wurden noch zu Jahresbeginn gleichbleibend viele Einsatzstunden für Schwerpunktmaßnahmen im Bahnhofsbereich verbucht, wie schon im Vorjahr. Infolge der dann erforderlich gewordenen Maßnahmen zur Bekämpfung der sich zunehmend ausbreitenden Corona Pandemie, war es fachlich geboten, die verfügbaren Kräfte vorrangig zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus einzusetzen. Ein Brennpunkt dieser öffentlich wahrnehmbaren Präsenz- und Kontrollmaßnahmen waren aber auch der Bahnhofsplatz und dessen Umfeld. Zielrichtung der Kontrollmaßnahmen war allerdings die Überwachung der Einhaltung der Corona Bestimmungen.

Im Rahmen der Möglichkeiten wurden darüber hinaus Schwerpunktmaßnahmen zur Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Betäubungsmittelkriminalität durchgeführt.

Infolge der konkurrierenden Einsatzlage reduzierte sich die Anzahl der 2020 hierfür aufgewendeten Einsatzstunden jedoch auf ca. ein Drittel des Vorjahresniveaus.

Bahnhof monatlich	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Gesamt
2018	2492	1717	1895	1248	1879	5531	5516	4716	4271	4873	4691	4845	43674
2019	3698	3638	4496	3886	3698	3970	4789	3773	3522	3692	3329	2895	45386
2020	3655	3047	1630	8	38	1368	1052	1029	1330	851	201	818	15027

Das polizeiliche Vorgehen wird einem ständigen Strategiecheck unterzogen. Ein Austausch mit Polizeibehörden anderer vergleichbarer Großstädte findet statt. Um eine Sanktionierung von Straßendealern zu erreichen, wurde beispielsweise die „Ermittlungsgruppe Straßendeal“ zur Bekämpfung des gewerbsmäßigen Straßendeals mit Erfolg eingerichtet. Neben den offenen Maßnahmen wurden auch verdeckt Maßnahmen durchgeführt. In Zusammenarbeit mit dem zivilen Einsatzdienst Mitte Süd gelang es 2019 erstmals in Bremen, gewerbsmäßigen Straßenhandel mit nicht geringen Mengen nachzuweisen und die Anzahl der identifizierten Tatverdächtigen zu erhöhen.

Allerdings ist die Hürde zum Nachweis eines gewerbsmäßigen Straßendeals zu hoch, so dass nur selten entsprechende Verfahren gegen Straßenhändler*innen am Bahnhof geführt werden konnten und eine anschließende Haft nicht zu erwarten ist. Straßenhändler*innen sind weiterhin an den bekannten Plätzen im Stadtbild zu erkennen.

Mit den Justizbehörden ist verabredet, effizientere Wege zu finden, um einer höheren Anzahl von Straßendealern die Gewerbsmäßigkeit im Rauschgifthandel nachweisen zu können. Durch ein neu zu verabredendes Verfahren soll das Sanktionierungsrisiko von Straßendealern erheblich gesteigert werden.

Zusätzlich wurde ergänzend zu den kurzfristigen Platzverweisen ein Verfahren für längerfristige Aufenthalts- und Betretungsverbote zur Bekämpfung der Straßenkriminalität und Ordnungsstörungen entwickelt und implementiert.

Das Ziel ist, die Personen, die wiederholt mit Straftaten bzw. erheblichen Ordnungsstörungen auffallen, längerfristig aus diesen Gefahrenzonen für die Dauer der täglichen Gefahrenzeit auszuschließen. Diese Maßnahme soll insbesondere dazu dienen, den Straßendeal an diesem Ort nachhaltig zurückzudrängen.

1.3.5. Platzverweise:

Im Bereich Hauptbahnhof wurden 54 % der Platzverweise des gesamten Stadtgebiets erteilt. Der Anlass für den Platzverweis ist sehr unterschiedlich und wird, bis auf pandemiebedingte Platzverweise, statistisch nicht erfasst.

Um die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren zu verbessern, wurde im nachfolgenden Schaubild die Zahl der coronabedingten Platzverweise herausgerechnet. Danach hat sich die Anzahl der Platzverweise wie folgt entwickelt:

Bahnhof ohne Corona	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Gesamt
2018	83	59	84	63	100	127	206	151	142	207	102	129	1453
2019	99	93	93	109	55	96	138	103	92	106	110	87	1181
2020	84	73	88	46	88	111	119	118	72	68	34	104	1005

44% der Personen sind Deutsche, 90 % sind männlich.

Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl und Dauer der verfügbaren Platzverweise im Bahnhofsumfeld im Jahr 2020:

Bahnhof monatlich	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Gesamt
1-tägig	84	73	100	188	161	111	119	118	72	74	57	180	1337
14-tägig	7	7	8	5	6	5	14	23	9	3	5	9	101
6 Monate	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	1	5
Gesamt	93	80	108	193	167	116	135	141	81	77	62	190	1443

Besonders deutlich wird die Entwicklung im Mehrjahresvergleich. Durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona Pandemie veränderte sich die polizeiliche Schwerpunktsetzung. Parallel dazu wurde die Discomeile geschlossen. Ergänzend kam mit den Corona Kontrollen und der Durchsetzung der Corona Bestimmungen ein neues Feld hinzu, welches ebenfalls Einfluss auf die Fallzahlen hatte. Von daher ist ein Vergleich der Anzahl der Platzverweise mit den Vorjahren nur wenig aussagekräftig.

Bahnhof monatlich	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Gesamt
2018	83	59	84	63	100	127	206	151	142	207	102	129	1453
2019	99	93	93	109	55	96	138	103	92	106	110	87	1181
2020	93	80	108	193	167	116	135	141	81	77	62	190	1443

Insgesamt bleibt festzustellen, dass der Bereich des Hauptbahnhofs trotz der neuen Herausforderungen an die Polizei Bremen, die mit der konkurrierenden Einsatzlage zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus einhergingen, ein Schwerpunkt polizeilicher Maßnahmen blieb.

1.3.6. Effizientere Strafverfolgung

Die Staatsanwaltschaft Bremen, die Bundespolizei und die Polizei Bremen haben sich über die Möglichkeiten der Optimierung des Prozessablaufs im Umgang mit Intensiv- und Mehrfachtätern im Bereich der Gewalt- und Eigentumskriminalität ausgetauscht. Sie werden von den bestehenden priorisierten Verfahrensprozessen nicht erfasst.

Es wurde vereinbart, die Kooperation zwischen den Strafverfolgungsbehörden dergestalt zu intensivieren, dass Ermittlungsvorgänge der Bundespolizei und der Polizei Bremen möglichst zusammengeführt und der Staatsanwaltschaft gebündelt vorgelegt werden, um eine schnellere und effizientere Strafverfolgung zu erreichen.

Eine „Täterliste“ wird in der Praxis durch die beteiligten Polizeieinheiten des Polizeikommissariats (Mitte) sowie Ermittlungsbereiche der K7 (Straßenkriminalität) regelmäßig besprochen und abgestimmt werden. Auf dieser Grundlage ist eine namentliche Fixierung der maßgeblich relevanten Delinquenten gewährleistet. Die Intensivierung der zwischen den Polizeibehörden vorangetriebenen Kooperationen führte dazu, dass Ermittlungsvorgänge der Bundespolizei und der Polizei Bremen einzelfallbezogen zusammengeführt und der Staatsanwaltschaft gebündelt vorgelegt werden konnten.

1.3.7. Prävention

Aufgrund der Corona Pandemie und der damit einhergehenden Verlagerung der Schwerpunktsetzung zur Einhaltung der Corona Pandemie konnten im Jahr 2020 keine Präventionsmaßnahmen von der Polizei durchgeführt werden.

2. Sauberkeit

Die Intervalle der Bremer Stadtreinigung zur Reinigung des Bahnhofsplatzes haben sich bewährt und der Bahnhofsplatz macht einen überwiegend gepflegten Eindruck.

2.1. Öffentlichkeitskampagne

Zwei Drittel aller Zigarettenkippen landen auf dem Boden, verschmutzen den öffentlichen Raum und gefährden die Umwelt. Ergänzend zu der im November 2019 gestarteten Kampagne der Bremer Stadtreinigung „Noch ist nicht alles im Eimer“, wurden im August 2020 zwei Aktionswochen gegen das achtlose Entsorgen von Zigarettenkippen am Hauptbahnhof gestartet.

Gemeinsam haben Die Bremer Stadtreinigung, die BSAG, das Übersee-Museum, die Deutsche Bahn, der BUND, die Initiative ‚Clean up your City – Bremen‘ und der Senator für Inneres mit verschiedenen Aktionen am Bahnhof und in den Medien die Bürger*innen für das Thema sensibilisiert. Der Ordnungsdienst hat nach der Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen von Schwerpunktmaßnahmen Verwarnungsgelder erhoben. Weitere Aktionen sollen im Jahr 2021 folgen, damit sich das Bewusstsein verändert.

2.2. Müllgefäße

Die Mülleimerdichte im Bereich des Hauptbahnhofes ist bereits auf hohem Niveau. An den BSAG Haltestellen wurden im Jahr 2020 vier Hängebehälter gegen vier größere Standbehälter ausgetauscht. In 2021 ist der Austausch weiterer neun Behälter geplant. Am Kopfende eines zentralen Bahngleises ist die Aufstellung eines weiteren Solar-Pressbehälters geplant, weitere Standorte für „normale“ Behälter werden geprüft.

Zum Testen wurde im Oktober 2020 ein „Kippster“⁵ in Höhe des City Gates installiert. Es handelt sich um zwei Behälter, in die man mit dem Einwurf der Kippe ein Votum für eine bestimmte Fragestellung abgeben kann. Nach einem ersten Resümee musste festgestellt werden, dass diese Behälter für den Standort ungeeignet sind, da die Giftstoffe der Zigarettenkippen durch den Regen aus dem Behälter gespült werden. Aktuell werden andere Modelle getestet. Nach Auswertung Mitte 2021 wird entschieden, ob sich ein Modell mit einer Abstimmungsmöglichkeit bewährt, oder ein ganz anderes Modell eingesetzt wird. Die BSAG hat im Haltestellenbereich zwei weitere feste Standaschenbecher installiert. Die Alternative von Bodenaschenbecher (wie z.B. in Basel) wurde geprüft und verworfen. Dazu sind umfangreiche Baumaßnahmen nötig, insbesondere um das Regenwasser via Kanal abzuleiten. Auch wäre die Barrierefreiheit durch die Beschaffenheit der Oberfläche womöglich nicht mehr gegeben.

Die Deutsche Bahn hat nach einer vorübergehenden Abkehr wieder Aschenbecher vor dem Bahnhofportal aufgestellt, so dass die Anzahl der Kippen auf dem Boden reduziert werden konnte.

2.3. Reinigung

Die Reinigung der städtischen Flächen, einschließlich der BSAG Haltestellen, erfolgt regelmäßig mit einem Nassreinigungsgerät der Bremer Stadtreinigung. Das Reinigungsergebnis ist leider nicht an allen Stellen zufriedenstellend, vielfach sind festgetretene Kaugummis ein Grund dafür. Das Pflaster bei dem ehemaligen BSAG-Servicegebäude und benachbarten Kiosken war u.a. großflächig und stark verschmutzt. Die Reinigung der Flächen durch die zuständigen Anrainer war nicht ausreichend, um diese Verschmutzungen zu verhindern. Nach einer aufwändigen Reinigung durch die Bremer Stadtreinigung waren die Flächen sauberer. Dennoch konnte der über die Jahre angesammelte Schmutz noch nicht vollständig gelöst werden. Die Stadtreinigung bemüht sich weiterhin um ein besseres Reinigungsergebnis.

⁵ [Die Bremer Stadtreinigung - Neuigkeiten - Stadtsauberkeit \(die-bremer-stadtreinigung.de\)](https://www.die-bremer-stadtreinigung.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen206hbsr.c.29154.de)
<https://www.die-bremer-stadtreinigung.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen206hbsr.c.29154.de>

Ein weiteres Problem wurde von hängenden Mülleimern verursacht, weil klebrige Flüssigkeiten hindurchliefen und sich darunter schwarze Flächen bildeten. Die Bremer Stadtreinigung tauschte daraufhin einige hängende Müllbehälter gegen Standbehälter aus, wodurch eine sichtbare Verbesserung eintrat. Der Einsatz von Standbehältern wird 2021 weiter erhöht.

Die Beseitigung von Aufklebern an Verkehrseinrichtungen wird durch das Amt für Straßen und Verkehr veranlasst. Leider werden gereinigte Schilder innerhalb kürzester Zeit wieder neu beklebt oder beschriftet. Es handelt sich um eine nicht endende Schleife, die hohe Kosten verursacht (im Jahr 2020 ca. 2.200 € für 500 Verkehrszeichen im Bahnhofsviertel), sodass viele ungereinigt verbleiben müssen, so lange deren Regelungsinhalt noch erkennbar ist. Es gibt keinen regelmäßigen Reinigungsturnus, sondern es erfolgt eine Beseitigung nach entsprechenden Hinweisen von Polizei oder Ordnungsdienst.

Auch die sog. Balmer Stelen, die als Touristenführung dienen, wurden in der Vergangenheit häufig beschmiert, beklebt und waren dadurch unlesbar. Am Hauptbahnhof wurden nun neue Ausführungen aufgestellt, die besser vor Verunreinigung und Vandalismus geschützt sind.

2.4. Spritzensammler

Die Drogenabhängigen hinterlassen in den Wallanlagen, auf Spielplätzen, in den Parkhäusern und in der Toilette am Szenetreff nicht nur Müll, sondern auch benutzte Spritzen, die eine Gefahr für Menschen und auch Tiere darstellen. Da der Drogenkonsumraum erst im September eröffnet wurde und auch nicht die erforderlichen Kapazitäten für den bestehenden Bedarf abbilden kann, wurden von der Bremer Stadtreinigung zwei Firmen für das Einsammeln von Spritzen an Konsumplätzen im Bahnhofsumfeld beauftragt. Gemeinsam mit der Polizei, den Streetworkern der comeback GmbH und dem Ordnungsdienst wurden bekannte Konsumplätze benannt, die die Spritzensammler entlang einer festgelegten Route von zurückgelassenen Spritzen entfernt. Parallel dazu hat die comeback GmbH die Spritzenausgabe reduziert und bevorzugt ein Spritzentausch angeboten.

2.5. Schrotträder

Der Prozess für die Entfernung von Schrotträdern aus dem öffentlichen Verkehrsraum und deren anschließenden Verwertung/Entsorgung ist bei der Bremer Stadtreinigung festgelegt. Die Überprüfungsintervalle inklusive Markierung mit einer Banderole und Einsammlung finden regelmäßig (alle 4 – 6 Wochen) rund um den Hauptbahnhof statt. Noch kürzere Intervalle am Hauptbahnhof wären sehr arbeitsintensiv, da Banderolen mit Hinweisen oft entfernt werden. In den ersten 11 Monaten 2020 wurden 268 Schrotträder markiert und 162 abgeholt.

Ein zentrales E-Mail-Postfach zur Meldung von solchen Fahrrädern wurde bei der Bremer Stadtreinigung eingerichtet: schrottrad@dbs.bremen.de.

2.6. Öffentliche Toiletten

Im Senatsbeschluss für das Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof ist zur Beseitigung und Bekämpfung von Unordnungserscheinungen, wie dem öffentlichen Urinieren, die Prüfung und ggf. Umsetzung von kostenfreien öffentlichen Toiletten für Männer und Frauen durch die Bremer Stadtreinigung (DBS) und SKUMS erbeten worden.

Der Bedarf an einer öffentlichen Toilettenanlage ist unvermindert groß. Es gibt nach wie vor keine Toilette in Bahnhofsnähe außer der kostenpflichtigen Anlage im Hauptbahnhof. Die Bereitschaft beim Projekt ‚Nette Toilette‘ mitzuwirken, ist bei den Gastronomen und Anrainern gering. Es liegen vielmehr Beschwerden vor, dass die hauseigenen Toiletten der vorgenannten im Minutentakt durch Touristen frequentiert und von Menschen in prekären Lebenslagen missbräuchlich genutzt werden. Auch Taxifahrer*innen bemängeln fehlende Toilettenanlagen.

Für Menschen in prekären Lebenslagen wurde beim Szenetreff eine Toilette installiert, die während der Öffnungszeiten des Szenetreffs kostenlos genutzt werden kann. Dieses Angebot steht jedoch seit Beginn der Corona Pandemie und der einhergehenden Schließung des Szenetreffs nicht mehr zur Verfügung (dazu auch Ziff. 3 des Berichts).

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass öffentliche Toiletten betreut werden müssen, da sie ansonsten als Schlafstätte für Obdachlose oder als Drogenkonsumraum genutzt werden und dadurch für andere unbrauchbar sind. Der ohnehin hohe Reinigungs- und Instandhaltungsaufwand wird dadurch noch verstärkt.

Die Suche der DBS nach geeigneten Gebäuden / Örtlichkeiten für die Errichtung einer öffentlichen Toilette in Bahnhofsnähe gestaltet sich schwierig. Die räumlichen Möglichkeiten, mit einer guten Erreichbarkeit für die Nutzer*innen und gleichzeitiger Akzeptanz bei den Nachbarn sind gering (Bsp. Negativerfahrung mit Freiluft-Pissoir am Platz der deutschen Einheit 2017).

Die bisher einzige mögliche Option in der vorhandenen Baustruktur für die Etablierung einer öffentlichen Toilette war das ehemalige Kundencenter der BSAG zwischen den BSAG-Haltestellen und dem Hauptbahnhof (sog. Rotunde). Dieses Gebäude wird für das Personal benötigt, bis Ersatzflächen gefunden sind. Die BSAG hat eine öffentliche Toilette in ihr Gesamtkonzept zu baulichen Einrichtungen am Hauptbahnhof mit aufgenommen.

Eine weitere Option für eine öffentlich betreute Toilettenanlage auf dem Bahnhofsplatz wäre lediglich ein Neubau, aber auch dafür muss ein geeigneter Platz gefunden werden.

3. Angebote für Menschen in prekären Lebenssituationen, die sich häufig am Bahnhof aufhalten

Wie in den Eckpunkten für ein Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof dargestellt (vgl. Vorlage für die Sitzung des Senats am 18.09.2018), gibt es eine Vielzahl von sozialen Angeboten im

Bahnhofsumfeld. Im Rahmen des Sicherheitsprogramms Bremer Hauptbahnhof wurden diese weiter ausgebaut; unterstützende und konfliktreduzierende Maßnahmen wurden initiiert.

Je größer die Dichte der Menschen an einem Ort ist, desto größer ist auch das Beschwerdeaufkommen.

Das gute, zentrale Versorgungsangebot der Hilfsorganisationen am Bahnhof bewirkte insbesondere während der Pandemie, dass sich Personen ohne Tagesstruktur hier lange aufhielten und einige sich leider auch unangemessen verhielten. Verschmutzungen, Urinieren in der Öffentlichkeit, Alkoholkonsum, Betäubungsmittelkonsum, Belagerung der Haltestellen, aggressives Betteln, Nachtlager mit Ansammlung von persönlichen Utensilien und Aufenthalte in Treppenhäusern der angrenzenden Gebäude und Parkhäusern waren häufig Gegenstand der Beschwerden.

Das Ziel ist eine gute Balance zwischen den Bedürfnissen der Hilfsbedürftigen und den Interessen der Kaufmannschaft, Anrainer und anderer Nutzer*innen des öffentlichen Raums zu erlangen.

Dieses Ergebnis lässt sich nur durch einen Paradigmenwechsel erreichen. Menschen in prekären Lebenslagen suchen Innenstadträume und Hauptbahnhöfe auf, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Das darf aber nicht dazu führen, dass alle Hilfsangebote und Unterstützungsleistungen dieser räumlichen Konzentration zwangsläufig folgen.

Die Sicherheitspartnerschaft verfolgt den Ansatz, die Bedarfe von Menschen in prekären Lebenslagen bei der Stadtplanung mit einzubeziehen. Es sollen gut erreichbare, aber auch dezentrale Hilfsangebote geschaffen werden, wobei das Aufeinandertreffen unverträglicher Gruppierungen vermieden werden soll.

Ein wichtiger Schritt war die Eröffnung des Drogenkonsumraumes im September 2020, der suchtkranken Menschen den Ausstieg aus der Sucht erleichtert und den öffentlichen Raum entlasten soll. Die Friedrich-Rauers-Straße wurde hierfür ausgewählt, weil sie vom Bahnhof aus gut erreichbar ist und durch die Lage zwischen den Gleisen und Breitenweg wenig Konfliktpotential mit Bevölkerungsteilen und Nachbarn mit sich bringt. Im Weiteren sollen hier die Hilfs- und Betreuungsangebote für betäubungsmittelabhängige Personen ausgeweitet werden, um den Ort attraktiver zu machen und die Szene umzuorientieren.

Mit einer neuen, größeren Bahnhofsmision 2022/ 2023, wäre ein weiterer Schritt getan, um ein besseres Aufenthalts- und weiteres Toilettenangebot zu schaffen.

Ferner wird an einem Konzept für niederschwellige Beschäftigungsangebote gearbeitet, um zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, den Menschen eine Tagesstruktur und einen weiteren Aufenthaltsraum zu bieten.

Mit den Hilfsorganisationen wurde verabredet, die Maßnahmen abzustimmen und auch dezentrale Versorgungsangebote zu entwickeln. Eine regelmäßig tagende Konferenz mit den Trägern, der Senatorin für Jugend, Integration, Soziales und Sport und dem Senator für Inneres hat sich zur Abstimmung etabliert und bewährt.

3.1. Unterkünfte

3.1.1. Notübernachtung

Im Bahnhofsumfeld (sowie im gesamten Stadtgebiet) gibt es Notübernachtungsplätze für Männer und Frauen. Alle Unterkünfte könnten auch tagsüber genutzt werden. Lediglich die Notschlafstelle „Auf der Brake“ ist zur Reinigung einige Stunden am Tag geschlossen, ein Aufenthalt wäre während dieser Zeit im benachbarten Café Papagei möglich. Im Stadtgebiet stehen zudem auch zwei Übernachtungseinrichtungen für wohnungslose Menschen, die illegale Drogen konsumieren, zur Verfügung. Beide Unterkünfte sind auch tagsüber geöffnet und werden sozialpädagogisch begleitet. Während der kalten Jahreszeit und zur Zeit aufgrund der Corona Pandemie werden auch Menschen ohne Sozialleistungsansprüche in den Unterkünften aufgenommen.

3.1.2. Wohnangebot für wohnungslose, psychisch kranke Menschen

Seit Dezember 2018 gibt es in Bahnhofsnähe ein niedrighschwelliges Wohnangebot für wohnungslose, psychisch kranke Menschen. Der Personenkreis nimmt krankheitsbedingt die Unterstützungs-, Therapie- und Wohnangebote des psychiatrischen Systems nicht in Anspruch und ist nicht in der Lage, die Obdachlosigkeit eigenständig zu beenden. Daher ist die Stadtgemeinde Bremen in besonderer Weise gefordert, für diesen Personenkreis ein geeignetes Wohnangebot bereitzustellen. Die langfristig angemietete ehemalige Flüchtlingsunterkunft in zentraler Lage wurde nach dem Vorbild des sogenannten „Hotel Plus“ in Köln als niedrighschwelliges Wohnangebot für wohnungslose psychisch kranke Menschen eingerichtet. Angeboten wird ein eigenes, abschließbares Zimmer unter Mitnutzung von Gemeinschaftsküche und Sanitäranlagen, ausgestattet mit Bett, Tisch, Stuhl und Kühlschrank.

3.2. Tagestreffs, Beratung und Streetwork

Für wohnungslose oder in prekären Verhältnissen lebenden Menschen gibt es verschiedene Tagestreffs (u.a. Café Papagei, Frauenzimmer, Teestube der Hoppenbank, Bahnhofsmision) in Bahnhofsnähe sowie für die Zielgruppe der Konsument*innen illegaler Drogen die Drogenberatungsstelle und das Kontaktcafé Comeback. Die Angebote der Träger im Bahnhofsumfeld, stützen sich auch auf die Mitarbeit von Ehrenamtlichen. Da viele dieser Engagierten aufgrund ihres Alters oder von Vorerkrankungen zur Risikogruppe gehören, kam es seit dem ersten Lockdown in den vielen Einrichtungen zu erheblichen Einschränkungen.

Die Abstandsregeln, die auch in den Tagesaufenthalten gelten, führen zudem zu einer Zugangsbeschränkung, der die Träger dadurch begegnen, dass Angebote unter freiem Himmel ausgeweitet wurden, z.B. durch die Ausstattung und Nutzung des Innenhofes des Café Papagei, aber z.B. auch durch die Beschränkung der Aufenthaltsdauer.

Es ist davon auszugehen, dass durch die coronabedingten Einschränkungen die Betroffenen auch weiterhin die informellen Treffs nutzen.

Die Streetworker*innen des Vereins für Innere Mission und der Comeback GmbH unterstützen jene wohnungslose und suchtkranke Menschen, die die Übernachtungsangebote der Stadt nicht annehmen oder sich wegen ihrer sozialen Kontakte im Bahnhofsumfeld aufhalten. Die Stellen für Streetwork wurden in den letzten Jahren ausgebaut (insgesamt 1 BV). Auch die medizinische Erstversorgung wird

durch die konstante Begleitung der/des Streetworkers/Streetworkerin durch eine medizinische Fachkraft gestärkt. Das Team des Streetworkerprojekts „connect“ von Vaja arbeitet mit der Zielgruppe Jugendlicher und junger Erwachsener, die sich in Bahnhofsnähe aufhalten. Für diese Gruppe gibt es auch ein Raumangebot am Breitenweg.

3.2.1. Ausweitung der Angebote der Drogenberatung

Um drogenabhängigen Menschen ausreichende Alternativen zum Aufenthalt am Bahnhof anbieten zu können, wurden die Angebote der Drogenberatungsstelle der Comeback GmbH in der Nähe des Hauptbahnhofs erweitert. Das im Februar 2019 der ehemaligen Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz durch die Comeback GmbH vorgelegte Konzept beinhaltet u.a. erweiterte Öffnungszeiten (auch am Wochenende), die Erweiterung der medizinischen Versorgung, Erweiterung der Angebote zur Tagesstrukturierung, differenzierte Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund, die offene Beratung sowie Selbsthilfeangebote und Gruppenangebote zur Konsumreduzierung. Die frühere Öffnung des Kontakt- und Beratungszentrums (KBZ) der Comeback GmbH konnte bereits umgesetzt werden. Somit haben substituierte Menschen nun nach der Substitutvergabe die Möglichkeit, die Comeback GmbH aufzusuchen. Auch die Öffnung an den Samstagvormittagen von 10:00 – 14:00 Uhr ist umgesetzt und wird von jeweils rund 40-50 Besuchern gut angenommen. Da der Bedarf an Streetwork gestiegen ist, hat die Comeback GmbH die Stunden über die 20 Stunden hinaus erhöht.

3.2.2. Drogenkonsumraum

Drogenkonsumräume (DKR) bieten die Möglichkeit, die Auswirkungen des offenen Drogenkonsums in der Öffentlichkeit einzudämmen, die Gesundheits- und Überlebensförderung durch Senkung des Infektionsrisikos und des Mortalitätsrisikos zu stärken sowie den Kontakt zum Hilfesystem herzustellen.

Als Übergangslösung wurde ein provisorischer Drogenkonsumraum im September 2020 auf dem Parkplatz des Jacobushauses in der Friedrich-Rauers-Straße eröffnet. Die Rechtsverordnung zum Betreiben eines DKR wurde von SGFV fertig gestellt, eine Hausordnung erstellt und Kooperationsvereinbarung mit beteiligten Stellen verabredet.

Notwendig ist jetzt eine Entscheidung bzgl. der Wahl des favorisierten Objektes (Gewerbe / Lagerhalle). Der Vermieter eines Objektes hat grundsätzlich Interesse an der Nutzung der Immobilie für den Drogenkonsumraum und Angebote der Drogenberatung. Eine Machbarkeitsstudie wurde durchgeführt und die angebotene Immobilie als geeignet befunden.

Derzeit werden in Abstimmung mit dem Vermieter konkrete Details bzgl. der Anmietung des Objektes ab 2021 geklärt bzw. vorbereitet.

Crack Konsument*innen gehören aufgrund des kurzen Konsumzyklus zu einer auch in anderen Städten sehr schwer vom Hilfesystem erreichten Zielgruppe. Für Crack steht bisher kein Substitut zur Verfü-

gung. Hier ist vor allem aufsuchende Sozialarbeit wichtig, um Betroffene im passenden Moment ansprechen und den Zugang zu Hilfsangeboten anbahnen zu können. Perspektivisch wird die Umsiedlung des Kontakt-Beratungs-Zentrum mit einem vergrößerten Aufenthalts-Bereich und Ruheliegen in den geplante integrierten Drogenkonsumraum den Unterstützungsbedarfen von Crack-Konsument*innen besser entsprechen.

3.3. Aufenthaltsorte

3.3.1. Akzeptierter Ort im Nelson-Mandela-Park

Im Nelson-Mandela-Park wurde in Abstimmung mit dem Beirat Schwachhausen, der Ortsamtsleiterin, dem Umweltbetrieb Bremen, der Bremer Stadtreinigung, der Polizei, dem Ordnungsdienst, der Inneren Mission und dem Sozialressort ein Platz am Parkeingang in Höhe der ÖVB Arena festgelegt, an dem weitere Bänke und Müllgefäße aufgestellt wurden und der als akzeptierter Aufenthaltsort für Menschen in prekären Lebenslagen dienen soll. Der Streetworker, der Kontaktpolizist und der Ordnungsdienst haben mit den Nutzer*innen die Verhaltensregeln abgestimmt und achten darauf, dass dort kein Ort für die Drogenszene entsteht. Der Platz wird immer mehr angenommen. Durch das Zelt der Suppenengel auf der Bürgerweide kam es jedoch zur überproportionalen Nutzung des Nelson-Mandela-Parks mit entsprechend erhöhter Verunreinigung. Dieser temporäre Umstand sollte nicht in die grundsätzliche Bewertung des akzeptierten Ortes unter Normalbedingungen einfließen.

3.3.2. Bahnhofsmision

Die Bahnhofsmision ist ein weiterer wichtiger sozialer Anlaufpunkt am Bahnhof. Die Bahnhofsmision hat im Jahr ca. 50.000 – 55.000 Besucher*innen. Die Zahl ist im Jahr 2018 auf knapp 56.000 angestiegen. Für 2020 liegen keine Zahlen vor, da die Bahnhofsmision aufgrund der Corona Pandemie zunächst schließen musste.

Die Bahnhofsmision ist seit September 2020 wieder geöffnet, kann allerdings aufgrund der beengten Räumlichkeiten nur drei Besucher*innen gleichzeitig einlassen; die Aufenthaltsdauer wurde daher eingeschränkt. Das Angebot der Bahnhofsmision ist niedrigschwellig. Es reicht von kleinen Hilfen, wie der Ausgabe von Pflastern bis hin zur sozialen Unterstützung für Menschen mit psychischen oder sozialen Auffälligkeiten, die an das Hilfesystem hingewiesen werden. In der Bahnhofsmision arbeiten vorwiegend Ehrenamtliche. Zwei hauptamtliche Mitarbeiter*innen mit insgesamt 1,5 Stellen kümmern sich um die organisatorische Arbeit und die fachliche Anleitung der Ehrenamtlichen. Eine Stelle wird durch den Verein für Innere Mission und die Caritas aus Eigenmitteln, eine halbe Stelle wird seit 01.10.2019 aus dem Sicherheitsprogramm finanziert. Erforderlich war das zusätzliche Personal durch zunehmende psychische Auffälligkeiten und Aggressionen der Besucher*innen zur Unterstützung der Ehrenamtlichen.

Falls mittel- bis langfristig ein weiteres Polizeigebäude für das Polizeikommissariat Mitte „Beim Handelsmuseum“ entsteht, ergäbe sich damit auch ein hervorragender Raum für eine neue, größere Bahnhofsmision mit Toiletten. Entsprechende Vorgespräche wurden vom Innenressort mit dem

Bauherrn, der Deutschen Bahn (als Mieter) und der Inneren Mission (Bahnhofsmission) geführt und einvernehmlich für gut befunden.

Die Bremer Suppenengel nutzen die ehemaligen Bundesbahnkantine als Standort, aufgrund der Corona Pandemie kann dort keine Essensausgabe erfolgen. Um die Situation im Bahnhofsumfeld zu entzerren, haben die Bremer Suppenengel zwei weitere Ausgabestellen eingerichtet und geben nun dezentral die Mahlzeiten an fünf Standorten aus.

3.3.3. Szenetreff

Mit dem am 01.04.2019 neu eingerichteten Szenetreffpunkt neben dem InterCity-Hotel und der dort vorhandenen sozialen Betreuung wird den Menschen, die sich oftmals im Haltestellenbereich der BSAG, aber auch an anderen Orten des Bahnhofs aufhalten, ein neuer Ort angeboten. Zielgruppen sind vornehmlich wohnungslose und/oder alkoholabhängige Menschen, aber auch Konsument*innen illegaler Drogen. Der Verein für Innere Mission hat zur Realisierung und sozialpädagogischen Begleitung dieses Treffs zeitlich befristete Projektmittel bis 31.12.2021 von „Aktion Mensch“ erhalten. Der Treffpunkt wird von unterschiedlichen Gruppen gut angenommen. Von April bis Dezember 2019 waren ca. 7600 Gäste im Szenetreff. Im Januar 2020 wurden 403 Besucher*innen gezählt.

Mit der Schließung des Innenhofes Auf der Brake (Café Papagei) im Jahr 2019 verlagerte sich die aktive Drogenszene und nutzte vermehrt auch den Szenetreff. Insbesondere Crack-Konsument*innen weisen ein sehr hohes Aggressionspotential auf. Die eigentlich angedachte Klientel der Wohnungslosen und Suchtkranken aus dem Bahnhofsbereiches wurde zunehmend verdrängt.

Der Treff war zunächst rund um die Uhr geöffnet, aufgrund von Vandalismus und Drogenkonsum musste die Öffnungszeit an die Betreuungszeit eingeschränkt werden.

Im Zuge der Corona Pandemie musste der Szenetreff komplett geschlossen werden, das Personal schloss sich den Streetworkern an und versorgte die Klient*innen an anderen Orten.

Eine (coronabedingt eingeschränkte) Wiedereröffnung scheiterte bislang auch daran, dass nach einem tätlichen Übergriff auf einen Mitarbeiter kein Personal mehr zur Verfügung stand. Mittlerweile konnte neues Personal eingestellt werden. Die Betreuung des Szenetreffs muss nach den Erfahrungen der Übergriffe neu aufgestellt werden.

Trotz guter Kooperationen, auch mit der Polizei, sind die Arbeitsbedingungen aufgrund der beengten Platzsituation und der zunehmenden Aggression der Besucher*innen überaus schwierig, die Aufnahmefähigkeit ist häufig nur in geringem Maß vorhanden. Die Betreuung des Treffs mit nur einer Person hat sich unter Sicherheitsaspekten als nicht ausreichend herauskristallisiert. Auch aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen kann der Szenetreff zukünftig nur noch mit zwei Betreuungspersonen geöffnet werden. Mit dem derzeitigen Personal wird daher nur eine eingeschränkte Öffnung realisiert werden können.

Während der Schließzeit kam es am Szenetreff zu beinahe täglichen Hausfriedensbrüchen durch Vandalismus und Verunreinigungen. Pflasterung und Betonabdeckungen wurden zerstört, aufgemeißelt und vermutlich als Drogenverstecke genutzt, eine intensivere Reinigung war wegen Exkrementen, Drogenbestecken und Blut erforderlich. Mittlerweile wurden bauliche Veränderungen vorgenommen, die einen Einstieg in den geschlossenen Szenetreff erschweren.

Eine Wiedereröffnung ist geplant unter der Sicherstellung ausreichenden Personals (mit Wechseln im Team) und einer intensivierten Kooperation mit den Streetworker*innen des Drogenhilfeträgers comeback GmbH. Drogenkonsument*innen sollen zum Drogenkonsumraum orientiert werden. Durch die Schaffung einer höheren Aufenthaltsqualität für diese Zielgruppe in der Friedrich-Rauers-Straße soll eine bessere Trennung der Gruppen und somit eine Entzerrung an den Toleranzorten erfolgen.

Zunächst ist mit einer eingeschränkten Nutzung zu rechnen. Die Einhaltung der Abstandsregelung lassen nur eine verringerte Personenzahl zu. Beengte Platzverhältnisse und fehlende Fluchtmöglichkeiten erschweren die Situation zusätzlich.

Reinigungskosten wurden bei der Planung des Szenetreffs nicht mitkalkuliert. Bezüglich der Toilettenreinigungskosten wurde von einer Aufteilung von einem Drittel zu Lasten der Inneren Mission und zwei Dritte für die Stadtreinigung ausgegangen.

Wie bereits oben beschrieben, entstehen zusätzlich aber erhebliche Reinigungskosten. Eine tägliche Reinigung ist mit etwa zweistündigem Aufwand erforderlich, so dass die jährlichen Kosten etwa 22 T€ betragen. Die Toilettenreinigung ist in dieser Summe nicht enthalten.

3.3.4. Wärmebus

Der Wärmebus wurde erstmals im Winter 2018/2019 als Ort zum Aufwärmen und als Anlaufstelle für die Klientel aus dem Bahnhofsumfeld am Nordausgang des Hauptbahnhofes aufgestellt.

Mit der Eröffnung des Szenetreffs wurden die Standorte Szenetreff und Wärmebus im Winter 2019/2020 alternativ betreut, da zur zeitgleichen Betreuung beider Standorte nicht ausreichend Personal zur Verfügung stand.

Die Auswertung durch die Mitarbeiter*innen und die Befragung der Besucher*innen ergab, dass die Standorte Szenetreff und Wärmebus in Sichtweite voneinander liegen sollten, damit immer deutlich wird, welcher der beiden Orte geöffnet ist, um so den Zugang zu erleichtern.

Um für 2020/2021 eine Lösung entsprechend der Bedürfnisse zu finden, wurden Plätze auf der Bahnhofssüdseite gesucht, die aber keine Zustimmung bei Anliegern und Mitnutzern fanden. Im Dezember 2020 bis April 2021 ist ein Standort auf der Bürgerweide, direkt gegenüber dem Toleranzort im Nelson-Mandela-Park ausgewählt worden. Das Angebot wird sehr gut angenommen und kann bis 30.06.2021 fortgeführt werden.

An diesem Ort ist auch das Aufstellen eines Pavillons möglich. Diese Erweiterung wurde erforderlich, weil gemäß der aktuellen Corona Bestimmungen sich lediglich 8 Personen mit Maske im Bus aufhalten können. Die Ausgabe von Speisen und heißen Getränken ist mit Maske nicht möglich, hierzu sollte der Pavillon dienen. Der Ort bietet den Vorteil, dass zum einen gegenüber und in Sichtweite im Park Bänke für Menschen in prekären Lebenslagen stehen und zum anderen dort auch die Suppenengel Mahlzeiten ausgeben.

Während der Betreuungszeiten steht eine Bau-Toilette zur Verfügung.

Mit der Öffnung des Wärmebusses und einer besseren Kooperation mit der Drogenhilfe soll die Öffnung des Szenetreffs vorbereitet werden, so dass eine sichere Arbeitssituation, eine gute

Aufenthaltsqualität für die Nutzer*innen geschaffen werden und die Konflikte mit anderen Bevölkerungsgruppen reduziert werden können.

3.3.5. Finanzierung

Aus dem Sicherheitsprogramm Hauptbahnhof sind die Mittel für 2021 gesichert für die oben genannten Stellen.

- Durch die beschriebenen Schwierigkeiten am Szenetreff ist zukünftig die Betreuung mit zwei Kräften erforderlich. Die angestrebten Öffnungszeiten lassen sich nur mit zusätzlichem Personal realisieren.
- Ab 2022 sind zusätzliche Mittel erforderlich für den Ausgleich der Stelle über Aktion Mensch, die bis 31.12.2021 gesichert ist.
- Sollte die Toilette am Szenetreff auch außerhalb der Betreuungszeiten für die Klientel und die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, könnte dies ggf. über einen Sicherheitsdienst ermöglicht werden. Die Kosten sind nicht im Haushalt hinterlegt. Da es sich um eine öffentliche Toilette handelt, wäre die Finanzierung nicht durch das Sozialressort zu realisieren.
- Die Reinigungskosten im Treff und im Umfeld und ggf. größere Instandsetzungskosten, z.B. bauliche Anpassungsmaßnahmen nach Vandalismus werden derzeit über die Innere Mission (zwischen-)finanziert. Hier muss von SJIS eine Lösung der Re-Finanzierung gesucht werden.

3.4. Beschäftigungsangebote

Für die Schaffung von niederschweligen Beschäftigungsangeboten für wohnungslose und/oder suchtkranke Menschen wird weiterhin an dem Konzept gearbeitet, dessen Finanzierung bereits beantragt ist. Hierbei kooperieren die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa sowie die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport und die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz.

Auch hierfür sind Räumlichkeiten im Bahnhofsumfeld und dezentral erforderlich.

3.5. Kostenlose Toiletten

Die (öffentliche) Toilette, die zuvor am Hugo-Schauinsland-Platz installiert war, wurde am Szenetreff aufgebaut. Die angedachte Nutzung als öffentliche kostenpflichtige Toilette außerhalb der Betreuungszeiten (kostenlose Nutzung während der Betreuungszeiten) stellte sich schnell als nicht praktikabel heraus. Sie wurde als Drogenkonsumraum, als Drogenversteck und zu Prostitutionszwecken genutzt.

In Folge wurde sie ausschließlich während der Betreuungszeiten geöffnet.

Im Zuge der coronabedingten Schließung des Treffs wurde die Toilette stundenweise geöffnet, die Nutzung von 2-3 Personen rechtfertigte den Einsatz des Personals nicht, die Öffnung wurde daher eingestellt.

Die Beschwerdelage rund um den Hauptbahnhof, insbesondere bezogen auf das „Wild Pinkeln“ bezieht sich nicht ausschließlich auf die Nutzer*innen des Szenetreffs, sondern bezieht auch Bremer Besucher*innen oder Taxifahrer*innen mit ein. Die kostenpflichtige Toilette im Hauptbahnhof wird anscheinend nicht von allen genutzt. Durch die Schließung von Restaurants und Cafés stehen darüber hinaus weniger „nette Toiletten“ zur Verfügung.

Für Menschen in prekären Lebenslagen am Bahnhof gibt es wenige Toiletten. Die Gastronomen sind zurückhaltend ihre Toiletten zur Verfügung zu stellen, weil sie die Erfahrung gemacht haben, dass diese verunreinigt hinterlassen und zum Drogenkonsum genutzt wurden. Ähnlich verhält es sich mit dem Toilettenangebot von „Sanifair“ im Bahnhof, dort wurden ebenfalls schlechte Erfahrungen gemacht, weil die Toiletten als Druckraum genutzt wurden und die Reinigungskräfte Übergriffe befürchteten.

Im Sozialstadtplan der Diakonie Bremen⁶ wurden ab Januar von den Hilfsorganisationen die Toilettenangebote für diese Personengruppe aufgeführt.

Mit dem Drogenkonsumraum wurde das Toilettenangebot erweitert. Für die neue Bahnhofsmission sind weitere Toiletten eingeplant.

3.6. Sozialstadtplan

Ein Stadtplan mit aktuellen Hilfsangeboten, der allen Akteuren am Hauptbahnhof (Ordnungsdienst, Polizei, BSAG, DB Sicherheit, Stadtreinigung) zur Verteilung zur Verfügung steht, wird seit Beginn der Pandemie unter Federführung der Diakonie mit den Hilfsorganisationen regelmäßig aktualisiert. Neben der gedruckten Fassung gibt es auch eine digitale im Internet⁷. Es werden auch die Standorte von Toilettenmöglichkeiten für marginalisierte Gruppen aufgeführt.

3.7. Armutszuwanderung aus Osteuropa

Ein Teil des Anstiegs von Wohnungslosigkeit, die sich rund um den Hauptbahnhof beobachten lässt, ist auf den Zuzug von EU-Bürger*innen zurückzuführen, für die als Arbeitnehmer*innen die Freizügigkeit gilt. Für EU-Bürger*innen, die am Arbeitsmarkt schließlich aber nicht Fuß fassen können und folglich auch keinen daraus abgeleiteten Zugang zum Sozialleistungssystem haben, können staatlicherseits keine dauerhaften Unterkunftsangebote vorgehalten werden. Ihr Aufenthalt ist dann auch nicht mehr durch die Freizügigkeit gedeckt. Im Winter wird für sie dennoch ein Unterbringungsangebot vorgehalten. Die Aufnahme erfolgt in den Notunterkünften oder durch Zuweisung durch die Zentrale Fachstelle Wohnen. Der Ort der Unterbringung richtet sich nach der Verfügbarkeit von Plätzen.

Ein kleiner Teil dieser Zuwander*innen aus Osteuropa hält sich rund um den Hauptbahnhof auf und hat – neben der prekären Lebenslage – auch Alkohol-, Drogen- oder psychische Probleme, die eine weitere Herausforderung darstellen. Die Betroffenen leben in Nachtlagern in Unterführungen, Arkaden, unter Brücken, im Nelson-Mandela-Park und beim Güterbahnhof. Sie suchen auch unbewachte Parkhäuser und Gewerbeimmobilien auf, in denen sie übernachten. Es wird von den

⁶ <https://www.diakonie-bremen.de/corona/sozialstadtplan.html>

⁷ <https://www.diakonie-bremen.de/corona/sozialstadtplan.html>

Hausverwaltungen berichtet, dass oft Unrat und sonstige Hinterlassenschaften mit einem hohen finanziellen Aufwand beseitigt werden müssen.

Der Anteil der osteuropäischen Personen ohne festen Wohnsitz am Straftatenaufkommen (Tatzeitstatistik) der Personen ohne festen Wohnsitz insgesamt betrug im ersten Halbjahr 22 %.

Vornehmlich handelt es sich bei den Delikten in der genannten Reihenfolge um Diebstähle, Hausfriedensbrüche und Körperverletzungen. Die Taten werden hauptsächlich in der Innenstadt begangen. Am stärksten vertreten ist die Gruppe im Alter zwischen 21 – 50 Jahren. Polnische Staatsangehörige sind am häufigsten vertreten, danach folgen bulgarische und rumänische Staatsangehörige.

Durch das Amt für Soziale Dienste kann betroffenen EU-Bürger*innen lediglich eine Fahrkarte und Rückkehrhilfen in ihr Heimatland angeboten werden. Durch die Gesetzesänderung des § 23 SGB XII zum 01.01.2017 wird im Rahmen des SGB XII nur zur Überbrückung des Zeitraumes bis zur freiwilligen Ausreise eine kurzfristige Unterstützung angeboten. Die Handlungsspielräume sind hier begrenzt und müssen vor dem Hintergrund der bundesgesetzlichen Regelungen betrachtet werden. EU-Bürger*innen, die aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit gekommen, aber den Einstieg ins Arbeitsleben nicht geschafft haben, sind in der Regel nicht sozialleistungsberechtigt.

EU-Bürger*innen verfügen über das Recht der Freizügigkeit, welches durch das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürger*innen (FreizügG/EU) geregelt ist. Sie können ohne besondere Formalitäten nach Deutschland ein- und wieder ausreisen. Zunächst besteht eine dreimonatige bedingungslose Freizügigkeit. Danach überprüft das Migrationsamt das aktuelle Vorliegen der Freizügigkeitsberechtigung, wenn sich Zweifel an dem Fortbestehen ergeben. Die Freizügigkeit entfällt, wenn kein Anspruch auf Sozialleistung vorhanden ist und die Person nicht arbeitssuchend ist.

Es gibt allerdings mehrere Beratungsangebote für EU-Bürger*innen v.a. auch aus Rumänien, Bulgarien und Polen. Dazu gehören die Projekte „BINNEN – Beratung für neuzugewanderte EU-Bürgerinnen und Bürger“ (Träger Verein für Innere Mission), das durch den ESF finanziert wird, „Chancenraum“, ein Beratungsprojekt der AWO in Gröpelingen, v.a. für Familien und MoBA – Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung.

Darüber hinaus nutzen einige nicht leistungsberechtigte wohnungslose Menschen aus EU-Staaten die Tagesangebote und Netzwerke der Wohnungslosenhilfe. Die Kapazitäten sind mittlerweile aber auch weitestgehend ausgeschöpft.

Das grundsätzliche Problem der Freizügigkeit bei fehlender sozialer Absicherung bleibt bestehen und stellt eine große, kaum zu lösende Herausforderung dar.

Die Rahmenbedingungen für eine freiwillige Rückkehr könnten verbessert werden. Mit Hilfe des anzupassenden Ordnungsrechtes (z.B. aggressives Betteln, Aufenthalt an Haltestellen) wäre einigen Beschwerdelagen zu begegnen. Polizei und Ordnungsdienst bleiben bei der Durchsetzung öffentlicher Kritik ausgesetzt, wenn sie Maßnahmen gegen hilfsbedürftige Menschen in prekären Lebenslagen treffen müssen.

4. Umgestaltung

4.1. Bessere Ausleuchtung

Licht hat in der Stadtentwicklung zunehmende Bedeutung. Ergänzend zu den funktionalen Aufgaben auf den Verkehrswegen, schafft Helligkeit ein besseres Sicherheitsgefühl, erhöht das Entdeckungsrisiko für Kriminelle und ist ein sehr wirksames und prägendes Gestaltungsmittel. Durch die Symbiose von öffentlicher Beleuchtung und gestalterischen Möglichkeiten z.B. an Fassaden, Schaufenstern wird Atmosphäre geschaffen und innerstädtische Bereiche belebt. Neben der gestalterischen Wirkung sind aber auch Energieeffizienz und ökologische Aspekte zu beachten.

Eine neue, energieeffiziente Beleuchtung wurde am Bahnhofplatz im November 2018 in Betrieb genommen und die Fassade des Bahnhofs vom Lichtkünstler Michael Batz im Auftrag der SWB inszeniert. Die neue Beleuchtung sah ebenfalls eine sogenannte ‚Panikbeleuchtung‘ für Einsatzfälle vor, bei der die Helligkeit über die Leitstelle der Polizei gesteuert werden kann. Leider konnte dieses System aufgrund der extrem langen Schaltzeiten nie zufriedenstellend in Betrieb genommen werden. Auch nach diversen Nachbesserungen des Herstellers konnten keine relevanten Verkürzungen der Schaltzeiten erreicht werden. Swb Beleuchtung hat jetzt ein weiteres System eines anderen Herstellers erfolgreich getestet. Dieses System erlaubt deutlich kürzere Schaltzeiten und soll als Ersatz für das alte System auf einigen Leuchten direkt vor dem Bahnhofsgebäude installiert werden. Diese Umrüstung würde swb Beleuchtung kurzfristig auf eigene Rechnung durchführen. Eine Ausweitung des Systems auf weitere Leuchten ist jederzeit möglich. Hier müsste dann allerdings die Stadt Bremen die Kosten tragen - swb Beleuchtung wird die weitere Umrüstung der Steuerung und die Umstellung der noch fehlenden Leuchten auf LED nicht finanzieren.

Über den Bahnhofplatz hinaus wurden Veränderungsbedarfe geprüft. Damit keine gefühlte Barriere zwischen Bahnhof und Innenstadt entsteht, wurde die Beleuchtung auf den Verbindungsstrecken zwischen Bahnhof und Innenstadt im Oktober 2019 von Fachleuten verschiedener Kompetenzen analysiert und insbesondere die Beleuchtung in der Bahnhofstraße und am Hillmannplatz als städtebaulich unzureichend und unattraktiv bewertet.

Im Herbst 2020 wurde daraufhin eine neue zeitgemäße LED-Straßenbeleuchtung in der Bahnhofstraße und am Hillmannplatz installiert.

Die Attraktivität und Aufenthaltsqualität kann durch die Illumination von Fassaden, Kunst- oder Bauwerken noch gesteigert werden. Das wird deutlich am Gebäude der Sparkasse in Bremen in der Bahnhofstraße. Die Fassade wurde im Rahmen der Umbaumaßnahmen eindrucksvoll in Szene gesetzt und bietet Orientierung für Passanten.

Der Verein „Bremen Kommt e.V.“ und Urban Screen haben mit Vertreter*innen der ansässigen Gewerbetreibenden und Immobilienbesitzer*innen ein erstes Lichtkonzept für den gesamten Raum vom Bahnhof bis zur Sögestraße vorgestellt. Für die Umsetzung sind Privatpersonen, aber auch die Stadtgemeinde gefordert. Im Rahmen des Aktionsprogramms Bremer Innenstadt werden Realisierungsmöglichkeiten geprüft.

4.2. Platz der Deutschen Einheit

Der „Platz der Deutschen Einheit“ (Grünfläche vor dem Überseemuseum) ist eine zentrale Örtlichkeit und prägt den ersten Eindruck des Bahnhofsplatzes wesentlich.

Die Wiese war nach der Neuanlage im Frühjahr 2019 sehr ansehnlich, wurde jedoch mit zunehmender Nutzung und Trockenheit braun und verschmutzt. Der Platz wurde 2020 überwiegend wieder als Treffpunkt zum Alkoholkonsum genutzt und prägt damit die Wahrnehmung des Bahnhofsplatzes.

Um das Image dieses wertvollen Stadtraums vor der imposanten Fassade des Überseemuseums zu verbessern, bedarf es einer gestalterischen Aufwertung oder qualitativen Nutzung. Der Bereich sollte in den neu gestalteten Bahnhofplatz einbezogen und nicht ausgegrenzt werden.

Ob die Aufwertung durch eine aufwändige Umgestaltung, neue Stadtmöblierung oder moderate Freiraumgestaltung erreicht wird, sollte in einem Dialogprozess mit Nutzer*innen und Anliegern diskutiert werden. Die Anrainer (Überseemuseum, Hotels, Gastronomen) haben bereits erste Ideen entwickelt und würden sich bei einer zukünftigen Planung unter Federführung von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau einbringen. Die Befassung des Beirats und Einbeziehung der weiteren Akteure würde sichergestellt werden.

Die Anrainer, der Verein „Attraktiver Bremer Bahnhof e.V.“ streben deshalb zunächst an, auf der als Veranstaltungsraum vorgesehene Fläche, kulinarische, kulturelle oder sportliche Events anzubieten. Der Stadtraum soll von der Bevölkerung durch eine vielfältige Nutzung wieder als lebendiger Ort wahrgenommen werden. Wegen der Pandemie mussten die Planungen aber verschoben werden. Mit dem Aktionsprogramm Innenstadt laufen erneut Planungen, die Wiese auch für Sportveranstaltungen (z.B. Beachvolleyball, Hockey) zu nutzen. Die Koordination erfolgt über SKUMS.

Entlang der Gleise, unmittelbar vor den Hotels Zur Post, Edelweiß und Starr Inn befanden sich fünf Bänke, die auch in den Abend- und Nachtstunden zum lautstarken Alkoholkonsum genutzt werden. Um den dadurch entstehenden Konflikt mit den Hotelgästen zu lösen, wurden andere Plätze am Platz der Deutschen Einheit für die Bänke mit Beteiligung des Ortsamtes und Beirates ausgewählt. An den bisherigen Standorten der Bänke wurden Fahrradbügel installiert. Die Umsetzung der Baumaßnahmen ist im April 2021 erfolgt.

4.3. Rückzugsraum Straße zwischen Breitenweg und Cinemaxx

Die Straße soll nicht mehr als Rückzugsraum für kriminelle Milieus und für die Verrichtung der Notdurft dienen.

Der Verkauf und Entwidmung der Straße hinter den Hotels, zwischen Cinemaxx und Breitenweg, wäre zwar möglich, wurde aber von den Eigentümer*innen aufgrund des hohen Preises abgelehnt. Den Anliegern wurde angeboten, den Zugang vom Breitenweg mit einem von innen schaltbaren Rolltor zu schließen und auf eigene Kosten zu betreiben. Eine Entscheidung steht noch aus, die Anrainer wollen sich im Sommer 2021 nochmals dazu austauschen.

4.4. Rückzugsraum „Auf der Brake“

Im Innenhof des Siemenshochhauses hatte sich eine starke Drogenkonsument*innenszene und damit unhaltbare Zustände entwickelt. Neben dem offenen Konsum von Betäubungsmitteln wurden sie nahe der Discomeile teilweise offen gehandelt. Der Raum war verschmutzt und es entstand durch Brandlegung eine gefährliche Situation für angrenzende Gebäude. Anlieger beschwerten sich über die Zustände.

Der Innenhof des Siemenshochhauses wurde deshalb am 24.07.2019 entwidmet und mit Toren verschlossen. Seit dem Einbau der Tore wird die Fläche privat genutzt und unterhalten.

Auch das Café Papagei bietet nun im Innenhof mehr Fläche für die eigenen Besucher*innen. Der Zugang zu dem Innenhof erfolgt ausschließlich über das Café Papagei. Der Konsum von Drogen wird verhindert. Perspektivisch sind Veranstaltungen des Musikclubs Tower im Innenhof geplant.

4.5. ZOB/ Fernbusterminal

Der Bau des Hotels am Fernbusterminal hat begonnen, im Frühjahr 2021 startet der Bau des Parkhauses und im Anschluss werden auch die Verkehrsanlagen mit dem geplanten Dach hergestellt. Für die ZOB-Flächen nördlich der BSAG-Haltestelle in Richtung Intercity Hotel am Hauptbahnhof startet der VBN in Zusammenarbeit mit SKUMS insbesondere wegen Kapazitätsengpässen erste Überlegungen die Situation zu verbessern. Neben einer Analyse des Liniennetzes soll auch eine Umgestaltung der Haltestellen erfolgen. Untersucht werden neben der vorhandenen Fläche auch der Hugo-Schauinsland-Platz und die Bahnhofnordseite.

4.6. Verkehr

Das Thema Verkehr wurde bisher nicht im Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof behandelt. Es besteht aber der Bedarf, die Lenkung von Fußgängern und Radfahrern im Zusammenhang mit dem ÖPNV zu verbessern.

Es werden viele Fahrräder im Bahnhofsumfeld abgestellt. Die Nutzung der vorhandenen Fahrradparkhäuser ist offensichtlich für viele Radfahrende wenig attraktiv. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und der Senator für Inneres haben auch deswegen vereinbart, diese Themen in das Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof aufzunehmen.

In Abstimmung mit der BREPARK und dem ADFC wird ein Konzept (Sommer 2021) zur besseren Auslastung der vorhandenen Fahrradparkhäuser am Bahnhof erstellt. Sollten die Kapazitäten der vorhandenen Fahrradparkhäuser zukünftig nicht mehr ausreichen, wird geprüft, wie das Angebot weiter ausgebaut werden kann (z.B. Tiefbunker oder Neubau Bürgerweide).

Im Umfeld des Hauptbahnhofs stehen leider nur sehr begrenzte Flächenreserven zum Fahrradparken zur Verfügung. Der Bereich unter der Hochstraße gehört dazu. Eine Nutzung zum Parken von Fahrrädern konnte hier noch erheblich ausgeweitet werden. Diese Erweiterung um ca. 330 zusätzliche Stellplätze im überdachten Bereich wurde bereits Ende August 2020 umgesetzt.

Die Fahrrad-Service-Station neben dem Hauptgebäude des Bahnhofs soll für die Nutzer*innen sicherer und attraktiver werden. Mögliche Maßnahmen werden aktuell mit der BREPARK und dem ADFC erörtert. Die Radstation ist bislang im Durchschnitt nur zu ca. einem Drittel des Platzangebots der insgesamt 1.500 Plätze ausgelastet. Dennoch ist der Betrieb der Radstation weitestgehend kostendeckend. Rein zahlenmäßig könnten die im unmittelbaren Umfeld der Radstation „wild“ parkenden Fahrräder komplett in der Station untergebracht werden. Im Rahmen einer Evaluation mit der BREPARK und dem ADFC sollen die Gründe dafür erhoben werden. Es wird weiterhin geprüft, wie Mängel abgestellt und eine höhere Auslastung der bestehenden Radstation erreicht werden kann. Sollten die Maßnahmen nicht erfolgreich sein oder die Nachfrage nach Fahrradabstellplätzen auf der Südseite des Hauptbahnhofs weiter steigen, soll geprüft werden, inwieweit der Bunker auf der Ostseite des Bahnhofsvorplatzes als zusätzliches Fahrradparkhaus geeignet ist.

Es gibt zudem keine wirksame rechtliche Handhabe, Radfahrende zu motivieren, kostenpflichtige Parkangebote zu nutzen – geschweige denn wildes Parken von Fahrrädern zu sanktionieren. Die Straßenverkehrsordnung sieht nur Vorschriften zum Halten und Parken von Kraftfahrzeugen, nicht jedoch für Fahrräder vor. Fahrräder, die erkennbar nicht mehr betriebsfähig sind, werden allerdings bereits seit Jahren in bestimmten Zeitabständen entfernt.

Auf der Nordseite des Hauptbahnhofs wird die Sicherheitszone auf dem Willy-Brandt-Platz für die Rettungsdienste und die Polizei sowie Fluchtwege auch durch abgestellte Fahrräder eingeschränkt. Hier werden gegenwärtig beim Senator für Inneres Überlegungen angestellt, wie diese Risiken gesenkt werden können.

Das vorhandene Fahrradparkhaus auf der Bahnhofsnordseite ist in die genannte Untersuchung der Fahrradstation (Südseite) einbezogen. Die Auslastung dieses Parkhauses liegt heute bereits nahe der Kapazitätsgrenze. Auf der Nordseite würde ein zusätzliches Fahrradparkhaus ein attraktives Angebot darstellen und auch den Willy-Brandt-Platz entlasten.

5. Anrainer

Ein wesentlicher Bestandteil für die Erarbeitung des Konzeptes des Sicherheitsprogramms Hauptbahnhof war die Einbeziehung der Akteure vor Ort, um Probleme zu analysieren und gemeinsame Lösungsansätze zu finden. Für die weitere, gebündelte Mitarbeit an dem Sicherheitsprogramm ist die Gründung des Vereins „Attraktiver Bremer Bahnhof e.V.“ durch die Anrainer gelungen. Der Verein wurde beim Amtsgericht eingetragen. Es werden weitere Mitglieder vom Verein angeworben.

Fazit:

Das Jahr 2020 war geprägt durch die Corona Pandemie, die sich natürlich auch auf die Umsetzung des Sicherheitsprogramms Bremer Hauptbahnhof auswirkte. Geschäfte und Hotels konnten nicht geöffnet werden, es kamen weniger Touristen in die Stadt und Bremer*innen nutzten den ÖPNV temporär nur noch in geringem Umfang.

Einrichtungen für den Aufenthalt von Menschen in prekären Lebenslagen mussten schließen oder konnten den Betrieb nur eingeschränkt gewährleisten. Polizei und Ordnungsdienst waren intensiv mit der Einhaltung der Corona Bestimmungen gebunden.

Die Entwicklung der Sicherheitslage ist daher durch die besondere Situation nicht mit den Vorjahren zu vergleichen.

Besonders schwer hatten es die Menschen in prekären Lebenslagen, weil die Aufenthaltsmöglichkeiten und damit auch die Tagesstruktur entfielen. Der öffentliche Raum wurde mehr beansprucht und die Anzahl der Beschwerden über zunehmende Verschmutzungen, Alkohol- und Drogenkonsum in der Öffentlichkeit, Eindringen in Gebäude, das Belagern von Haltestellen und Urinieren in der Öffentlichkeit stieg an.

Das Sozialressort hat aus der Sicherheitspartnerschaft heraus eine regelmäßig stattfindende Koordinierungskonferenz mit den Hilfsorganisationen einberufen, um die Hilfen für die Menschen sicherzustellen und gleichzeitig in Abstimmung mit dem Senator für Inneres eine Strategie zu entwickeln, die Konflikte möglichst gering zu halten. Eine dezentrale Versorgung wurde nach den negativen Erfahrungen mit einer konzentrierten Versorgung auf der Bürgerweide im Sommer vereinbart. Mit Ende der Pandemie werden die Einrichtungen wieder öffnen und auch der Szenetreff am Gustav-Deetjen-Tunnel soll wieder den Betrieb aufnehmen. An der Umsetzung der niederschweligen Beschäftigung wird weiter gearbeitet.

Die Eröffnung des Drogenkonsumraum war ein weiterer wesentlicher Schritt, die unterschiedlichen Szenen zu trennen und eine Perspektive für die Drogenkonsument*innen und den Stadtraum zu entwickeln. Nur ein Teil der Drogenkonsument*innen hat sich bisher zum Drogenkonsumraum orientiert. Eine bessere Versorgung der Konsument*innen und Verlagerung der Hilfsangebote in die Friedrich-Rauers-Straße wird angestrebt. Die mit dem Konsum zusammenhängende Verunreinigung von Spielplätzen und anderen öffentlichen Anlagen konnte durch gezielte Spritzensammlungen der Bremer Stadtreinigung und Initiativen der Comeback GmbH reduziert werden.

Die Zielsetzung durch Präsenzmaßnahmen der Polizei und des Ordnungsdienstes, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wieder zu stärken, konnte im Jahr 2020 nicht vollumfänglich erreicht werden. Wegen der Pandemie stand der Infektionsschutz im Mittelpunkt. Der Drogenhandel konnte erst nach verstärkter Präsenz der Polizei im Dezember 2020 im Umfeld „Auf der Brake“ und am Bahnhof erkennbar zurückgedrängt werden. Dadurch wurde auch der offene Drogenkonsum weniger wahrgenommen.

Die wesentlichen Herausforderungen bestehen darin, die Angebote für Menschen in prekären Lebenslagen weiter auszubauen und bei der Innenstadtentwicklung mitzudenken. Der Drogenkonsumraum, ein Platz für niederschwellige Beschäftigung, eine größere Bahnhofsmission an

der Westseite mit Toilettenanlage, erweiterten Öffnungszeiten für den Szenetreff und ein gutes Streetworkangebot sind hierfür erforderlich.

Mit der Einrichtung eines Drogenkonsumraums wird die Möglichkeit geschaffen, suchtkranke Menschen mit Hilfsangeboten besser zu erreichen, Gesundheitsschäden zu minimieren und die Belastung für die Öffentlichkeit zu reduzieren. Eine Übergangslösung für den Drogenkonsumraum ist im Betrieb. Der Standort soll für diese Personengruppe weiterentwickelt werden.

Gleichzeitig ist es erforderlich, den offenen Drogenhandel noch effektiver zu bekämpfen, insbesondere die Wirksamkeit der rechtstaatlichen Möglichkeiten zu verbessern.

Trotz aller präventiver Bemühungen werden Präsenz und Kontrollen durch den Ordnungsdienst und die Polizei eine Daueraufgabe am Bahnhof bleiben.

Der Bremer Hauptbahnhof mit den angrenzenden Flächen sind ein prägender Teil der Innenstadt. Dem Bahnhofplatz mit seinen umliegenden Gebäuden und ansehnlichen Fassaden kommt ein hoher Stellenwert in der Stadt zu. Der Bahnhof soll Bremer*innen und Touristen einladen, ein wenig länger in Bremen zu verweilen.

Die Anrainer haben im vergangenen Jahr Veranstaltungsideen entwickelt, um das Verweilen auf dem Platz der Deutschen Einheit attraktiv zu machen und diesem öffentlichen Raum ein neues Image zu geben. Leider konnten die Ideen aufgrund der Pandemie noch nicht umgesetzt werden. Das Aktionsprogramm Bremer Innenstadt bietet neue Chancen für eine Belebung.

Mit der neuen Beleuchtung in der Bahnhofstraße und am Hillmannplatz ist der erste Schritt getan, um die Verbindung vom Bahnhof in die Innenstadt aufzuwerten.

Die Erfahrung aus der Kooperation in der Sicherheitspartnerschaft hat aufgezeigt, dass es erforderlich ist, die unterschiedlichen Positionen und Interessen gegenseitig zu verstehen. Transparenz schafft Vertrauen. Nur so kann eine gemeinsame Strategie über Einzelinteressen hinaus eine andere Kultur am Bahnhof schaffen. Es ist wichtig, die Bedürfnisse von Menschen in prekären Lebenslagen bei der Stadtentwicklung aktiv mit in den Fokus zu nehmen, damit ein konfliktarmes Zusammenleben möglich wird. Es ist nicht zielführend, alle Hilfsangebote am und um den Bahnhof herum zu konzentrieren. Drogenkonsument*innen, öffentlicher Alkoholkonsum, Lager von Obdachlosen und aggressives Betteln aufgrund der Konkurrenzsituation dürfen das Stadtbild nicht dominieren. Ein lebendiges, funktionsfähiges Quartier mit einer ausgewogenen Nutzung durch alle Bevölkerungsgruppen ist das Ziel.

Auch wenn die Fortschritte 2020 durch die besondere Situation nicht überall sichtbar wurden, sind hierfür wesentliche Weichenstellungen erfolgt.

Im Jahr 2021 stehen insbesondere die folgenden Aufgaben an:

- Entscheidung über die Umsetzung des Drogenkonsumraum (SGFV) in der Friedrich-Rauers-Straße und über den Ausbau der Unterstützungsangebote
- Weitere Reduzierung des öffentlichen wahrnehmbaren Drogenkonsums und Drogenhandels (SI/)
- Prüfung weitergehender justizieller Maßnahmen zur Verfolgung des Drogenhandels (SJV)

- Weitere Reduzierung der Verschmutzung, insbesondere durch Zigarettenkippen, am Bahnhof (SI/ SKUMS)
- Lösung für eine Öffentliche Toilette am Bahnhofplatz (SKUMS)
- Schaffung eines Angebotes niederschwelliger Beschäftigung für Menschen in prekären Lebenslagen (SJIS/SWAE)
- Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Bahnhof durch kulturelle, sportliche oder sonstige Angebote des Vereins „Attraktiver Bahnhof e.V.“ auf dem Platz der Deutschen Einheit (SI/SWAE)
- Neufestlegung der Sicherheitszonen am Bahnhofsvorplatz (SI)
- Verbesserung der Angebote für das Fahrradparken am Bahnhof (SKUMS)